

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der unskrirten Countagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, S. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Dienstag den 19 Juni 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Geistreicheleien.

In der vorletzten Nummer der „Zukunft“ orakelt Herr Maximilian Harden unter dem Titel „Prisiana“ über französische Politik, französische Parteiverhältnisse und die Personalien französischer Politiker — wobei er natürlich nicht vergißt, seine eigenen Beziehungen z. B. zum Marquis de Gallifet einzuweben. Der Artikel ist witzig, geistreich, amüsant, wie alles, was der Feder dieses mit allen Wassern gewaschenen und mit allen Hundstuden gehegten ehemaligen Leibjournalisten des Fürsten Bismarck entfließt. Aber nicht minder deutlich, als Hardens Esprit, tritt in dem Artikel seine Sucht, anders als andere zu urtheilen, hervor.

Wir wollen nicht ungerecht sein. Die vulgär-liberalen Zeitungsgeschwister können aus den Ausführungen, die Harden hier wie an anderer Stelle macht oder gemacht hat, sehr viel lernen. Es ist wahr, daß Jahre lang Tante Voss, „Berliner Tageblatt“ Tag für Tag Morgen- und Abendnummer mit spaltenlangen Berichten über die Affäre Dreyfus füllten, während sie für die Opfer der Milan'schen Blutgerichte in Belgrad, kaum ein paar magere Notizen übrig hatten, während sie die Märtyrer der Kaiserländer Kriegsgesichte von anno 1898 gar noch beschimpften, während sie den Fall Koschewan mit einigen Worten abthaten und von der sozialdemokratischen Presse erst durch blutige Geißelhiebe gezwungen werden konnten, der Verurteilung der Öbstauber Bauarbeiter einige Aufmerksamkeit zu schenken.

Wenn Herr Maximilian Harden sich über solche Heiden lustig macht, so hat er ganz Recht, ob er gleich daraus noch nicht die Berechtigung schöpfen darf, sich die Miene eines Cassalle zuzulegen, der über die Julian Schmidt und die Schulze-Delitzsch seine Geißel schwingt.

Wenn Herr Harden weiter auf die liebevolle Verzeihung hinweist, die die deutschen Bourgeoisblätter den Panamisten zutheil werden lassen, so kennzeichnet er auch in diesem Punkte richtig seine Bappenheimer. Die Artos und die Reinach sind gewissen Berliner Thiergartenkreisen just so wohlverwandt, wie die Crispi und die liberalen Suda-Magharen. Daher auch das Bestreben, den Panama-Reinach hinter dem Dreyfus-Reinach zurücktreten zu lassen, mit dem er leider Gottes zufällig identisch ist.

Was aber wahrhaftig kaum mehr mit einem parlamentarischen Ausdruck zu bezeichnen ist, das ist die Gleichstellung des Prozesses Deroulede und Genossen vor dem französischen „Staatsgerichtshof“ mit der eisdernen Gerichtskomödie, die Herr Milan Obrenowitsch, König a. D. und Oberkommandirender i. D., September 1899 in Belgrad aufführen ließ.

Wir trauten unseren Augen kaum, als wir diesen Vergleich lasen. Deroulede und Marcel Habert sind zur Verbannung verurtheilt, sonst ist ihnen kein Haar gekrümmt worden; die Nicolitsch, Gjuritsch, Proitsch u. s. w. sind auf 20 Jahre mit schweren Ketten belastet, in die feuchten Kasematten von Belgrad geworfen worden, wo sie zur Schande der europäischen Kultur wie der europäischen Diplomatie noch heute schmachten.

Daß eine Verurteilung durch eine politische Versammlung — und der französische „Staatsgerichtshof“ ist bekanntlich mit dem Senat identisch — stets ein politischer und nicht ein Justizrath ist, darüber sind weiter keine Worte zu verlieren. Die Verurteilung Ludwigs XVI. durch den französischen Konvent und die Verurteilung Karls I. von England durch den „Hohen Gerichtshof“, den das Unterhaus ernannt hatte, waren nicht minder derartig politische Akte, wie die Verbannung der Deroulede und Konsorten durch den dem Ministerium Waldeck-Rousseau und der Bourgeois-Republik ergebenden Senat-Staatsgerichtshof ein solcher war. Auf den politischen Werth und die sittliche Berechtigung eines solchen Verfahrens wollen wir hier nicht weiter eingehen: aber um den Gegensatz zwischen einer leidlich schmerzlosen Unschädlichmachung und einer insamen, raffinierten Folterung politischer Gegner zu übersehen, muß man schon ein geistreiches Lieder Witzbold à la Maximilian Harden sein.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Hoffen und Harren macht manchen zum Narren! sagt die Weisheit von der Gasse. Eine vielbenutzte Korrespondenz für Centrumsblätter hofft, man werde auch bei der letzten Flottenvorlage bewiesenen Opferwilligkeit nicht die Aufmunterung herleiten, dem Reichstag neue Opfer anzuführen. Dem gegenüber verzeichnen wir, „rein historisch“, aus den leztim erfolgten Aeußerungen des Kaisers Folgendes. In einem Telegramm an die Hamburg-Amerika-Linie, die zur Annahme der Flottenvorlage gratulirt hatte, sagte er: „Nun aber weiter!“ In einem Telegramm an den Hamburger Senat führte er dazu noch aus:

„Wie dankbar ich dem Allmächtigen bin für diesen Erfolg, werden Sie begreifen. Möchte er uns seinen Beistand auch ferner leihen, dem begonnenen Werk bald zur ganzen Vollendung verhelfen, bis wohin wir unsere deutschen Hände noch tüchtig rühren müssen.“

In einem Telegramm an den Norddeutschen Lloyd in Bremen heißt es ferner:

„Ich bin sehr dankbar, so weit zu sein, und besonders dafür, daß ich mein Streben zum Besten des Vaterlandes anerkannt sehe. Nun aber unermüdblich weiter, daß die begonnene Arbeit auch bald vollendet wird, dann wollen wir auch auf dem Wasser Frieden gebieten.“

Und in der Ansprache bei der Elbe-Land-Kanalfeier am Sonnabend jagte der Kaiser u. A.:

„Zuverstichtlich hoffe ich, daß unter meinem Schutze Lübed sich weiter entwickeln wird. Ich würde diese Hoffnung nicht mit der Freudigkeit aussprechen können, wenn ich nicht jetzt vor Ihnen stünde, freudig gehoben dadurch, daß wir die Aussicht haben, einmal eine Deutsche Flotte zu bekommen. Für eine Seestadt kann ein Kaiser nur dann den Schutz übernehmen, wenn er ihre Flagge, sei es die Hamburgische, sei es die Bremische, sei es die Preussische, bis in die entferntesten Fernen der Welt durch seine Kanonen schützen kann. Möge es uns denn vergönnt sein, durch den Ausbau unserer Flotte nach außen den Frieden milderhalten zu können.“

Diese verschiedenen Aeußerungen sind alle ziemlich in dem gleichen Geist gehalten; aus ihnen spricht weniger die Befriedigung über das Erreichte, als vielmehr der Trieb, weiterzustreben. Die Hoffnung der Centrumskorrespondenz scheint uns deshalb sehr trügerisch zu sein, ja wir befürchten sogar, und das nicht ohne Grund, daß die nächste Flottenvorlage gar nicht zu lange auf sich warten lassen wird.

Wer zahlt den Spektakel? Ueber die Flottentagitation sagt die „Kreuz-Zeitung“ in einem Leitartikel gegenüber einer Aeußerung des Abg. v. Siemens bei den Steuerdebatten: „Wenn er von der „ehrlichen und naiven Flottenbegeisterung der Liberalen“ sprach, so mag das auf die Professoren und Litteraten, die in zahllosen Versammlungen patriotische Reden für die Flottenvorlage gehalten haben, zutreffen; das Geld aber, das die Agitation gekostet hat, rührte nur zum kleinsten Theil von den „Ehrlichen und Naiven“ her, sondern zumeist von den Industriellen und Geschäftsleuten, die an der Flottenvermehrung verdienen wollen.“

Ein Epilog zum Flottengesetz ist die Beilegung der Affäre Schweinburg. Herr Schweinburg, der Allertweltschizofus aus Währen, einer der publizistischen Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Herrn Krupp, stand an der Wiege des Flottenvereins, dessen erster Geschäftsführer er war. Als allerhand Internas hierüber an die Oeffentlichkeit kamen, unternahm einzelne flottenbegeisterte Organe, besonders die „Tägl. Rundschau“, einen Feldzug gegen Schweinburg zu dem Zweck, den Flottenverein von dem Herrn aus Währen zu befreien. Die Folge davon war die gewünschte, Herr Schweinburg trat zurück, aber sein Rücktritt zeitigte eine Nebenerscheinung, eine Ehrenlage zwischen den Hauptakteurs. Wie man voraussehen konnte, kommt es jedoch nicht zum Austrag der Klage, die voraussichtlich recht pikant geworden wäre. Der Flottenverein und sein Vorstand, Fürst zu Wied, haben sich bemüht, die Streitenden zu versöhnen. Es kam eine Aussprache unter dem Vorsitz des Kanzlers des Deutschen Flottenvereins, Herrn Baron von Beauharnais, zu Stande, als deren Ergebnis die „Tägl. Rundschau“ Folgendes feststellt:

1) Die von ihr aufgestellte Behauptung, Herr Schweinburg sei von einem Angestellten des Deutschen Flottenvereins geprügelt worden, trifft nicht zu. Die Nachricht ist ihr von zwei Persönlichkeiten, deren gesellschaftliche Stellung ihre Glaubwürdigkeit zu bedingen schien, mit dem schriftlichen Anerbieten, ihre Angaben zugehenlich zu bekräftigen, übermittelt worden; trotzdem ergab eine im Austrage des gesammten Präsidiums

vorgenommene eingehende Untersuchung, daß nichts derartiges vorgefallen ist.

2) Der von ihr nicht ausdrücklich erhobene, aber doch andeutungsweise als Meinung politischer und journalistischer Kreise wiedergegebene Vorwurf, daß Herr Chefredakteur Schweinburg nicht nur Publizist, sondern auch politischer und Börsenagent sei, ist nach den ihr von zuständiger Seite gewordenen Aufklärungen sowie nach Prüfung alles erreichbaren Beweismaterials nicht haltbar.

Der Mann aus Währen ist also in dieser Beziehung wieder gereinigt und er kann sein Gewerbe als deutsch-nationaler Patriot und Vertrauensmann bekannter Minister und Industriellen wieder fortsetzen. Der Fürst zu Wied war über diesen Ausspruch so erfreut, daß er an die „Tägl. Rundsch.“ schrieb:

„Sie haben dadurch in anerkannter Weise dazu beigetragen, einen Prozeß aus der Welt zu schaffen, der nur dem Deutschen Flottenverein und dem Flottengedanken im deutschen Volke hätte zu Schaden gereichen können. Dieses patriotische Vorgehen ist um so mehr anzuerkennen, als Sie, im Vertrauen auf Ihre Zeugen, sich des Sieges im Prozesse sicher fühlen.“

Die lezte Bemerkung ist nach der Herrn Schweinburg erteilten Ehrenerkärung recht eigentümlich. Schweinburg selbst bemerkt zu dem Ausgang:

„Die Wissenden, welche die wahren Gründe, sowie die wirklichen Urheber und Leiter der unerhörten Angriffe gegen mich bekannt sind, werden es verstehen, weshalb ich mir zur Zeit Stillzuschweigen auferlege und weshalb ich von vornherein darauf verzichtet habe, daß von irgend einer Seite mir — Bedauern ausgesprochen wird.“

Man kann sich einstweilen mit der Zusammenstellung dieses Materials begnügen; wird einmal die Geschichte des Flottenvereins geschrieben, dann wird wohl auch der Zusammenhang, der zwischen seiner Thätigkeit und gewiss, an der Flottenvorlage sehr stark interessirten Großindustriellen bestand, aufgedeckt werden. Schweinburg gehört freilich zu den „Wissenden“ und er wäre der Mann dazu, diese Geschichte zu schreiben — doch das erlaubt ihm sein Gewerbe nicht!

In den beiden Häusern des preussischen Landtags ist man trotz der sommerlichen Hitze und der vorgerückten Sessionszeit stark oppositionslos, ja beinahe obstruktionsförmig. Der Abschließung der beiden noch der Erledigung harrenden großen Vorlagen, des Gesetzentwurfs über die Besteuerung der Waarenhäuser und der schließlichen Hochwasservorlage werden in letzter Stunde noch ganz ungeachtete Schwierigkeiten bereitet. Im Abgeordnetenhaus wurde Freitag die Waarenhaussteuer-Vorlage beraten, ohne daß man damit zu Ende gekommen wäre. Die hoch- und wohlgeborenen Herren des Landtags haben sich den durchlauchtigen edelsten und edlen Herren des Herrenhauses nur theilweise gefügt. Wie vorauszu sehen war, wurde jedoch bei noch einmal recht lebhaft geführter Debatte der Hinaussetzung der Besteuerungsgrenze von 300 000 Mk. auf 400 000 Mk. zugestimmt. Die vom Herrenhaus beschlossene Freilassung der Offizier- und Beamtenvereine aber abgelehnt. Bei der Abstimmung erklärte sich das Abgeordnetenhaus einstimmig gegen den vom Herrenhaus beschlossenen Zusatz, der den Offiziers- und Beamtenvereinen ein Privilegium geschaffen hätte. Der nationalliberale Abg. Hausmann beantragte hinsichtlich der Festsetzung der unteren Steuerengrenze die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also eine Normirung auf 500 000 Mk. Das Resultat der Abstimmung blieb zweifelhaft. Ein Sammel sprung ergab die Beschlußfähigkeit des Hauses, da nur 181 Abgeordnete anwesend waren. Der Präsident beantragte eine neue Sitzung an. Aber auch diese, eine Stunde später abgehaltene Sitzung führte nicht zur Beschlußfähigkeit. Der Antrag Hausmann wurde zunächst abgelehnt. Da hier nicht wie im Reichstag eine Anweisung der Beschlußfähigkeit in der Geschäftsordnung vorgeesehen ist, das Resultat auch nicht zweifelhaft blieb, sondern die Ablehnung des Antrags klar war, gab es hier kein Mittel, die Beschlußfähigkeit festzustellen. Dieses fand sich erst beim § 5, bei welchem Abg. Dr. Barth namentliche Abstimmung über den Absatz 2, welcher den Konsumvereinen das Benefizium einer Herabsetzung der Steuer nimmt, wenn sie nachweislich 20 pCt. des gewerbesteuerpflichtigen Ertrages übersteigen würde, beantragte. Herr Barth wurde von den Nationalliberalen unterstützt. So mußte der Namensauftrag genommen werden, der wiederum die Anwesenheit einer nicht beschlußfähigen Anzahl von Abgeordneten (193) ergab.

Ans der Debatte ist hervorzuheben, daß die liberal-konservative Mehrheit weiblich über die Oberbürgermeister im Herrenhause herzog. Der ultramontane Abg. Marx, seines Zeichens Landrichter in Elberfeld, beschwerte sich besonders über den Oberbürgermeister von Breslau, der den Mittelstand und damit die Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschimpft habe, weil er vom Mittelstand, und namentlich von der sogenannten Mittelstandsbewegung, ein psychologisch ungemein feines Bild entworfen hatte. Herr Marx, der so empfindlich ist, wenn Andere Kritik üben, schimpfte nun seinerseits kräftig auf das Herrenhaus. Wenn Jemand im Reichstag solche Bemerkungen über eine andere gesetzgeberische Körperschaft gemacht hätte, er wäre sicher zur Ordnung gerufen worden; im preussischen Abgeordnetenhause darf ein Abgeordneter solche Dinge ohne eine Zurückweisung nie erfahren, ruhig ansprechen. Abg. Dr. Barth wies auf das merkwürdige Verhalten des Herrn von Miquel hin, der sich sehr energisch gegen eine Besteuerung der Spezialgeschäfte durch die Vorlage erklärt hatte, im Herrenhause den Kommunen aber den Rath erteilt hatte, diese Geschäfte ihrerseits mit erhöhten Gewerbesteuern zu treffen. Herr von Miquel ließ darauf hin durch einen Kommisar seine neueste Erklärung ans dem Herrenhause wiederholen. Vorher hatte er selbst eine Red-



gehalten, aus der hervorzugehen, daß die Regierung selbst die Herrenhausbeschlüsse acceptiren würde, wenn sich das Abgeordnetenhaus ihnen anschloße.

Durch die Konstatierung der Beschlussfähigkeit und die von den Herrenhausbeschlüssen abweichende Beschlussfassung in puncto Offiziers- und Beamtenvereinen ist der Schluß der Session wieder zweifelhaft geworden. Im Abgeordnetenhaus wird erst Montag die Fortsetzung der Beratung über die Baarenhaussteuer erfolgen. Bis dahin hofft man, ein beschlußfähiges Haus zusammenzubekommen.

Optimistische Gegner der Baarenhausbesteuerung sehen die Vorlage überhaupt als gescheitert an. Sie hoffen, daß das Herrenhaus an seinen Beschlüssen stehenbleibe und eine Einigung zwischen beiden Kammern nicht zu Stande kommen wird. Das sind aber wie gesagt Auffassungsfragen. Wir meinen, das Herrenhaus wird schließlich nachgeben und die Regierung wird die Vorlage in jeder der Gestalt hinunterwürgen, die der preussische Landesvertretung beliebt.

Vor dieser Regierung hat nämlich die preussische Landesvertretung nicht den geringsten Respekt. Das zeigte sich Freitag im Herrenhause. Dort hat man die Hochwasserborlage auf Antrag des Herrn von Levetzow mit der Resolution der mächtigen und pommerischen Junter vertoppelt, wonach die Vorlage erst in Kraft treten darf, wenn auch die Regulierung der unteren Oder in Angriff genommen worden ist. Diese Regulierung der unteren Oder wollte aber die Regierung im Zusammenhang mit der großen Kanalvorlage beschließen lassen, sie sozulagen als Vorspann für die Kanalvorlage benutzen. Diesen Plan haben die Herrenhäuser nun vereitelt. Herr v. Hammerstein, der Minister für Landwirtschaft und Herr von Thielen, der Kanalminister, wurden suchstufenweise. Herr v. Thielen sah in der Resolution Levetzow ein direktes Misstrauensvotum gegen die Regierung. Die hohen Standesherren genirten sich aber gar nicht, der Regierung dieses Misstrauensvotum zu erteilen. Es war ein im Herrenhause bisher unerhörter Vorgang und zeigt besser wie alles Andere von der Befähigung unserer Zustände. Der Bruder der Kaiserin, Herzog Günther von Schleswig-Holstein sprach auch für das Misstrauensvotum, für die Resolution Levetzow. Fürst Hohenlohe als Ministerpräsident sah dabei und rührte sich nicht. Die einzigen regierungsfremdlichen Männer waren der Oberpräsident von Schlesien, Fürst Haffelbut, Herzog von Trachenberg und der Oberbürgermeister von Breslau, Herr Wender. Sie Beide aber sind Interessenten an der Vorlage.

Auch diese Vorlage muß ans Abgeordnetenhaus zurück. Es ist mehr als zweifelhaft, ob diese Vorlage nun überhaupt noch zu Stande kommen wird.

**Die Armee der „Vereinigten Staaten von Europa.“**  
Ueber den Boyer-Aufstand stellt der Chefredakteur des „Matin“ in Paris, Garbain, philosophische Betrachtungen an. Anknüpfend an eine Meldung, daß ein Expeditionskorps aus englischen, deutschen, russischen, französischen, italienischen und österreichischen Soldaten auf Peking marschiere, fragt Garbain: „Ist dies nicht die Armee der Vereinigten Staaten von Europa? Sie ist konstituiert, diese Union, die so lange schon von Krämmern gepredigt wurde, deren Uhr vorging. Man wird einwenden, daß sich die Szene in Ostasien abspielt, aber es ist immerhin schon etwas, Soldaten Seite an Seite und in demselben Schritt demselben Ziele entgegen marschieren zu sehen, Soldaten, die in Europa gebürtig sind, um sich einander aufzufressen. Es existirt also die Möglichkeit, daß Franzosen, Deutsche, Russen, Engländer und Italiener im Einvernehmen sein können? Warum sollte man nicht versuchen, aus einer derartigen Thatsache Nutzen zu ziehen? Es ist doch wirklich schrecklich demütigend, daß nur die Chinesen die Gabe besitzen, uns Europäer vernünftig zu machen!“ — Die Ausführungen Garbains, so treffend sie an sich sind, haben ein großes Loch. Nur die bittere Nothwendigkeit, die Eifersucht der europäischen Mächte unter einander, die, wie man zu sagen pflegt, einander nicht das Weiße im Auge gönnen, haben in Ostasien zu einem vorübergehenden Zusammenstoß geführt, der aber gebrechlicher als selbst Glas ist, und neulich ja auch bald in die Brüche gegangen ist, als Franzosen und Russen sich von den Engländern benachtheiligt fühlten. Die wahre Armee der „Vereinigten Staaten von Europa“ wird so lange ein frommer Wunsch bleiben, so lange das kapitalistische Regime mit seinen widerstrebenden Interessen dauert. Erst das Zeitalter des Sozialismus wird auch diesen schönen Gedanken verwirklichen.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat sich mit einer Eingabe um Einführung einer Streiklausel in die Bauverträge an alle Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden Deutschlands gewandt. Die Klausel besagt, daß die Baueit bei einem Ausstand oder einer Baupause um die Dauer des Ausstandes oder der Sperte verlängert werden soll. Freitag besaßte sich der Berliner Magistrat mit dieser Angelegenheit. Er beschloß, die Aufnahme der Streiklausel in die Verträge abzulehnen und den städtischen Deputationen anheimzustellen, von den bisher üblichen Ausschreibungen in engerer Submision abzuweichen und die Arbeiten künftig in öffentlicher Submision auszuschreiben. Falls auch hierbei geeignete Unternehmer, die auf die Streiklausel verzichten, nicht zu finden sind, sollen die Arbeiten künftig in eigener Regie ausgeführt werden. — Auf das dringende Verlangen des Unternehmertums war dies die einzige mögliche Antwort, hoffentlich ahmen die anderen Körperschaften Deutschlands diesen Beschluß des Berliner Magistrats nach.

Der zollfreie Grenzverkehr beschuldigt die Regierung aufzuheben. Bekanntlich ist im Grenzverkehr die Einfuhr von Fleisch und Butter in Mengen von nicht mehr als 2 Kilogrammen, die von Mühlefabrikaten und Backwaaren in Mengen von nicht mehr als 3 Kilogrammen zollfrei zugelassen. Diese Schenkung ist 1879 getroffen worden, weil sich die Regierung und der Reichstag nicht verstehen konnten, daß die Grenzbewohner, die auf die Versorgung mit den nothwendigsten Lebensmitteln vom Auslande her angewiesen waren, sehr geschädigt werden würden, wenn man von ihnen die Verzollung dieser Lebensmittel verlangte. Es ist selbstverständlich, daß dieser Verkehr wuchs, je

höher die Preisdifferenz diesseits und jenseits der Grenzen war. Die „Dtsch. Volksw.“ behauptet, daß diese Vergünstigung mißbraucht worden sei und weist zur Unterstützung dieser Behauptung darauf hin, daß nach den statistischen Aufzeichnungen im Grenzverkehr zollfrei eingeführt wurden im Jahre 1880 nur 1461 Doppelzentner Butter, 922 Doppelzentner Fleisch und 1724 Doppelzentner Mehl und Brot, im Jahre 1891 dagegen 7775 Doppelzentner Butter, 22120 Doppelzentner Fleisch und 274395 Doppelzentner Mehl und Brot. Die Erklärung für diese Vermehrung des zollfreien Grenzverkehrs liegt aber auf der Hand. Zwischen 1880 und 1891 liegen die gewaltigen Zoll-erhöhungen der Jahre 1885 und 1887, die die Preisdifferenzen für landwirthschaftliche Erzeugnisse diesseits und jenseits der deutschen Grenzen erhöhen mußten. Seit 1891 ist eine Ermäßigung der Zölle eingetreten, und demgemäß ist eine Verminderung der Einfuhr von Butter (von 7775 Doppelzentner im Jahre 1891 auf 7154 Doppelzentner im Jahre 1899) und von Mühleprodukten und Backwaaren (von 274395 Doppelzentner auf 82738 Doppelzentner) eingetreten, indessen ist diese Verminderung nicht ausschließlich auf die Ermäßigung der Zölle, sondern auch auf die Beschränkungen der Vergünstigung, zu der die Regierungen „im Falle eines Mißbrauches“ berechtigt sind, zurückzuführen. Daß die Einfuhr von Fleisch im zollfreien Grenzverkehr von 1891 bis 1899 von 22120 Doppelzentner auf 27471 Doppelzentner gewachsen ist, erklärt sich leicht dadurch, daß die Grenzen für die Vieheinfuhr fast ganz gesperrt sind und infolgedessen trotz der Zollermäßigungen und der Handelsverträge die Differenz der Fleischpreise diesseits und jenseits gestiegen ist. Für die Finanzverwaltung mag der Umstand, daß der Zoll für die 1899 zollfrei eingegangenen Mengen von Fleisch, Butter, Mehl und Backwaaren annähernd 1 1/2 Millionen Mark betragen haben würde, maßgebend sein, sie würde sich aber irren, wenn sie glaubte, daß diese Summe nach der Aufhebung des zollfreien Grenzverkehrs der Reichskasse mit Sicherheit zufließen würde. Viel näher liegt die Vermuthung, daß sich die meist in ärmlichen Verhältnissen lebenden Bewohner der Grenzbezirke den Genuß von Fleisch und Butter noch weniger gestatten würden als bisher. Die Beschwerden der in den Grenzbezirken ansässigen Bäcker und Fleischer sind gewiß verständlich; aus ihnen aber eine mißbräuchliche Ausnutzung der Vergünstigung zu folgern, wie es die „Dtsch. Volksw. Kor.“ thut, ist ganz verkehrt. Man hat jene Vergünstigung gewährt, um die armen Grenzbewohner vor Benachtheiligung durch die Zölle auf Lebensmittel zu schützen; derselbe Grund wird auch hoffentlich den Reichstag veranlassen, den zollfreien Grenzverkehr nicht zu beseitigen.

Die neuen Handwerkerkammern werden aller Wahrscheinlichkeit nach ganz erhebliche Kosten verursachen. Der Etat der Handwerkerkammer zu Düsseldorf ist in einer Sitzung der Kammer vor einigen Tagen auf 41800 Mk. festgestellt worden. Davon müssen, da 820 Mk. durch besondere Zuwendungen gedeckt werden, 40980 Mk. durch Umlagen aufgebracht werden. Das ist für den Anfang ein ganz hübscher Betrag. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die Handwerker, die ohne Gesellen und Lehrlinge arbeiten, „voranschicklich“ von der Umlage freigelassen werden würden. Nicht weniger als 33200 Mk. sind für Verwaltungskosten veranschlagt. Davon erhält der Vorsitzende eine Entschädigung von 1200 Mk., der Sekretär ein Gehalt von 4200 Mk. Für „sonstige Entschädigungen“, Bureauumiethe und Druckkosten sind 6000 Mk., für die Verwaltungskosten der einzelnen Abtheilungen 10800 Mk., für Reisekosten und Diäten nicht weniger als 8000 Mk. und für die Einrichtung der Kammer 3000 Mk. ausgeworfen. Für Schulzwecke sollen 6000 Mk. verwendet werden, und für unvorzusehende Ausgaben, die auch wohl noch für Verwaltungskosten ausgegeben werden, sind 3500 Mk. in den Etat eingestellt worden. Eine sehr erregte, theilweise einen persönlichen Charakter annehmende Debatte entstand, als eine Reihe Redner tabelte, daß der Vorstand den Sekretär gleich auf sechs Jahre und nicht auf eine einjährige Probezeit angestellt habe. Der Vorsitzende erklärte, daß sich für ein Jahr kein geeigneter Beamter gefunden hätte. Dies ist auch leicht verständlich.

Die Konferenz der Vorstände statistischer Aemter deutscher Städte, die am 7. d. M. in Straßburg i. E. zusammengetreten war, hat am Montag v. M. ihre Sitzungen beendet. Aus der dieses Jahr besonders umfangreichen und wichtigen Tagesordnung ist hauptsächlich hervorzuheben die Fertigstellung der Entwürfe von Formularen für die städtischen Verwaltungsberichte, wobei auf die Vergleichbarkeit gewisser Vorgänge und Ergebnisse der Verwaltungstätigkeit der großen Städte besonderes Gewicht gelegt wird. Eine eingehende Würdigung fanden sodann die Vorbereitungen zur Ausführung der nächsten Volkszählung. Auch hierbei handelte es sich im Wesentlichen um die Erzielung einer Einigung über die möglichst gleichmäßige Auszählung der Bevölkerung. Die auf Anregung der Städtestatistiker in das vom Reiche festgestellte Formular aufgenommene Frage nach dem Beschäftigungsort und dem Wohnort, welche besonders für die größeren Städte außerordentliches Interesse gewinnt, fand eingehende Besprechung. Einzelne Städte brachten auch, die Dauer des Aufenthalts zu erfragen. Ebenso finden in einer größeren Anzahl von Städten Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse und den Wohnungsmarkt statt. Wichtiger war jedoch die Beratung bezüglich der Bearbeitung einer Statistik über die Ver-

theilung des Grundeigentums. Bezüglich der Beschickung und Mitwirkung der statistischen Aemter an der Dresdener Städte-Ausstellung von 1903, welche ein Bild von der Entwicklung des deutschen Städtewesens am Ende des Jahrhunderts bieten soll, wird für die nächsthörige Konferenz ein festes Programm ausgearbeitet werden. Sämmtliche Konferenzmitglieder haben ihre Mitwirkung an einer einen längeren Zeitraum umfassenden vergleichenden Darstellung der bisher im „Statistischen Jahrbuch“ behandelten Abschnitte zugesagt. Die Beratung der Finanzstatistik, die Revision des Flinger-Lachnerschen Todesursachensystems, die Herausgabe des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“ und der Statistik der Lebensmittelpreise bildeten den Schluß der Verhandlungen.

**Seine politische Nachrichten.** Ein Erlass, der Bände über die deutsche Rechtsprechung sagt, ist vom bayerischen Justizministerium an die Gerichte ergangen. Es wird gefordert, daß sich die bestehenden Gerichtsmitglieder bei den Verhandlungen jeder Nebenbeschäftigung enthalten sollen. Dieser Erlass hängt, wie die „Allg. Ztg.“ vernünftiger, mit einem Vorfall zusammen, der sich in der Sitzung einer Strafkammer in München zugetragen hat. Ein als Verteidiger anwesender Rechtsanwalt, der wahrgenommen hatte, daß ein Zeiger eine Zeitung während der Verhandlungsrede las, bemerkte, „daß er durch seine Vertheidigungsrede nicht bloß die Luft erstickern wolle“. Infolge dieser Aeußerung wurde gegen ihn vom Gericht eine Strafe von 150 Mark wegen Ungebühr verhängt. (1) Der Erlass wurde auch außerhalb Bayerns ein Bedürfnis. — Kajaenjammerliche Bemerkungen zur Annahme der Flottenvorlage finden sich selbst in nationalliberalen Blättern. So schrieb die „Allg. Ztg.“: „Wenn damals dem Reichstag gleichzeitig mit der Flottenvorlage das jetzige Steuerbudget von der Regierung wegen unterbreitet worden wäre, so wäre zweifellos die ganze Vorlage überhaupt nicht zur zweiten Lesung im Reichstage gekommen.“ — Aus Travnik (Bosnien) wird die Verhaftung von zwei der angesehensten Mohamedaner gemeldet, welche die Unterschrift auf die Vertragsklärung für die bosnische Regierung verweigerten. Die Behörden haben den Mohamedanern die Kette nach Wubapest verboten und verbieten Zuwiderhandlung nach der Grenze jurid. — Der römische Senat war Freitag der Schauplatz einer fürchterlichen Szene. Ein Puffier, ein altgedienter Carabiniere, setzte sich unter dem Rufe: „Es ist Zeit, ein Ende zu machen, auf zwei Quästoren Marschese Gravina und Baron Baracco, den reichsten Grundbesitzer Calabriens, und verwundete beide mit einem Zwei-Kilogramm-Musketen auf die Hüften mehrere Senatoren und Beamten herbeizulassen, flüchtete der Attentäter und sprang vom zweiten Stock auf die Straße. Er fiel auf dem Transport ins Hospital. Das Motiv der That ist bis jetzt unbekannt. — Die Steuer-Revolten in Spanien sind noch keineswegs beendet. In Murcia brach Freitag wieder ein Aufruhr wegen der städtischen Verzehrungssteuer aus. Die Unzufriedenen bewarfen die Aufseher der Steuer sowie die Bewohner der Stadt, welche diese Steuer zahlen, mit Steinen, und zertrümmerten Fensterheben und Straßentafeln. Es gelang der Gensdarmrie, die Menge zu zerstreuen, aber mit dem Schmutz der Feindseligkeit ist diese selbst noch lange nicht beseitigt. Das spanische Cabinet läßt denn auch verkünden, es wolle gegen Steuer-Revolten künftig mit aller Strenge vorgehen. Es erwartet also selbst den ferneren Ausbruch solcher. Im Ministerrath erklärte der Minister des Auswärtigen, er habe Nachrichten aus Marokko erhalten, die die Lage in der Hauptstadt Tanger als sehr ernst hinstellen. Der Kriegsminister hat ferner ein Telegramm aus Algier erhalten, in welchem berichtet wird, daß drei junge Spanier den Gouverneur von Gibraltar mit Steinen beworfen haben, während derselbe spazieren ging. Man befürchtet in Folge dessen einen diplomatischen Konflikt mit England.

**Belgien.**  
Die General-Amnestie für die Bürgergardisten, die gegen die Absicht, sie dem militärischen Drill zu unterwerfen, in Brüssel und anderen Orten durch Verweigerung des Gehorsams heftig protestirt hatten, soll nach den Meldungen der Blätter erklärt werden. Man hoffe, durch diese versöhnliche Maßnahme wieder Ordnung herzustellen. Die Manifestationen waren durch die Unterstellung der Bürgergarde unter ihnen aufgetropfte Offiziere der Armee und die Einführung des militärischen Drillsystems hervorgerufen worden. Sofern jedoch die Regierung diese Absichten nicht aufgibt, wird auch die Amnestie den gewünschten Erfolg nicht haben.

**Frankreich.**  
In der Deputirtenkammer interpellirte am Freitag Simyan die Regierung über den kürzlichen Ausstand in Chalons, wo drei Arbeiter getödtet, drei verwundet wurden. Simyan warf den Gendarmen vor, zuerst geschossen zu haben, ohne daß sie provoziert waren. Die Kammer lehnte mit 270 gegen 250 Stimmen eine von Lewas (Soz.) beantragte, vom Ministerpräsidenten bekämpfte Untersuchung über das Verhalten der Gendarmrie ab, nahm dagegen mit 299 gegen 231 Stimmen eine von Waldeck-Rousseau genehmigte Tagesordnung an, die die Erwartung ausdrückte, die Regierung werde die Strafverfolgung aller durch die Gerichtsuntersuchung festgestellten Schuldigen anordnen. Ein Zusatzantrag Massabuans, der die kollektivistischen Lehren verurtheilt, wurde ebenfalls, mit 273 gegen 157, und sodann die ganze Tagesordnung mit 285 gegen 189 Stimmen angenommen. — Der Zusatzantrag Massabuans, der zweifellos ein indirektes Misstrauensvotum für Millerand ist, sollte diesem doch endlich die Augen öffnen und ihn veranlassen, seine Demission zu geben; das liegt nicht allein im Interesse seiner selbst, sondern der Sozialdemokratie überhaupt.

Eine „neue Lesart“ der Dreyfus-Affäre bringt jetzt die „N. Zürcher Ztg.“:  
„Gente, wo die kleine Rückführung der Meinungen ein freies Wort über das Vergangene erlaubt, kann man sagen, daß die erste von Dreyfus abgelehnte Strafe zu hart war, besonders da andere, der gleichen Unkorrektheiten gezeigene Offiziere mit einigen strengeren Disziplinarstrafen und dem Gebot davon kamen, ihre Demission einzureichen. Es handelte sich in Wirklichkeit einfach um Bestrafung von Unvorsichtigkeiten, von beruflichen, der militärischen Pflicht zuwiderlaufenden Indiskretionen. Aber der Drang nach Popularität, dem Wunsch entsprungen, ein wenig Boulevard zu spielen, der maßlose Antisemitismus in den oberen Schichten der Armee, das Verlangen, die heftigen Angriffe gewisser Blätter zum Schweigen zu bringen, trieben den Politiker-General Mercier, den damaligen Kriegsminister dazu,



Dreyfus als Opfer zu erklären. Sofort nach der Verhaftung erhoben die feindlichen Blätter den General Mercier in den Himmel, der Prozess wurde schnell abgewickelt, die Formen der Gerechtigkeit wurden sichtlich mißachtet und Dreyfus zu der schrecklichen Strafe der Verbannung auf die Teufelsinsel verurtheilt. Ich erinnere an diese Dinge, um sie ins rechte Licht zu stellen. Hat Dreyfus im Verhältnis zu seinem Fehler zu schwer gebüßt, so ist er doch kein Heiliger. Die wenigen Personen, die das Protokoll der geheimen Verhandlungen des Kriegsgerichts in Rennes in Händen hatten, sind einstimmig der Ansicht, daß Dreyfus das Verurtheilte verlegt hat. Es würde mir nicht einfallen, diese Erklärungen zu wiederholen, wenn ich sie nicht von zweien oder dreien dieser privilegierten Personen gehört hätte, die jeder Leidenschaft bar und des größten Vertrauens würdig sind. Daß Dreyfus, da es sich um eine befreundete Macht handelte, sich zu gewissen Mittheilungen berechtigt glaubte, thut nichts zur Sache. Die Thatfache blieb ernst, führte sie doch in ziemlichem Maße gewisse, damals schwebende Unterhandlungen, indem sie den wirklichen Effectivbestand der Armee preisgab, der ziemlich geringer war, als er auf dem Papier stand."

### Italien.

Ein Epilog zu den italienischen Stichwahlen. Aus Rom schreibt man der „Volksztg.“: Der Ausfall der 42 Stichwahlen hat dem wankenden Ministerium Pelloux noch schlimmere Schmerzen bereitet, als der erste Wahlgang; denn es hatte die Weisung an die Präfekten gegeben, daß mindestens 35 Ministerielle gewählt werden müßten, und der als Hilfsarbeiter an der Consulta bestellte Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ in Wien hatte am 6. seinem Blatte geschrieben, „den 295 Mann der Regierungsmehrheit vom 3. d. M. werden die Stichwahlen noch andere zugesellen.“ In Wahrheit wurden nur 17 regierungsfreundliche Kandidaten gewählt, wovon vier als „unsichere“ Heerespflichtige gelten. Die äußerste Linke verstärkte ihre Anzahl um 11 Mann und hat damit genau die Ziffer 99 erreicht. Sechs ihrer Führer sind doppelt gewählt; dagegen ist der Chefredakteur des römischen „Avanti“, S. Bissolatti, zu Pescara von 11 Stimmen hinter seinem reichen Gegner, dem Sportsman und Salonblowen im Adelsklub zu Venedig, dem Grafen Sommi-Picernardi, zurückgeblieben. Da aber schwere Bestechungen, Einschüchterungen, Zählfehler und andere Unregelmäßigkeiten vorlagen, so unterließ der Wahlvorstand die Proklamation des Gewählten und gab die Entscheidung darüber dem Parlament anheim. Das gleiche Ergebnis hatte die Wahl in Turin III, wo der Sozialdemokrat Treves 2314 und der von den Liberalen unterstützte Biscaretti 2319 erhielten, nachdem dem Sozialdemokraten 100 Wahlzettel beanstandet worden waren. Das in Italien geradezu Unerhörte aber ist das Vordringen des Sozialismus nach dem Süden; denn er eroberte in Neapel, Palermo und Messina je einen Wahlkreis und wird vom Parlament die Stadt Catania rückertattet erhalten, weil dort die Wahlen zu Ungunsten des tapferen Vorkämpfers wider die Mafia, Defelice-Giuffrida, rechtswidrig kassirt worden sind. Auch in den Kreisen, wo diesmal die Anhänger des Ministeriums siegten, ist die Stimmendifferenz äußerst gering; sie schwankt im Durchschnitt zwischen 20 und 200. Besonders glücklich schnitt die „verfassungstreue Opposition“ ab; sie eroberte 12 Sitze. Das Gerüde einzelner von den Offiziösen irregulären Korrespondenten deutscher Zeitungen, wonach die Gruppen Zanardelli und Giolitti „vernichtet“ seien, erwies sich als eitel Wind; denn die verfassungstreue Linke zählt wiederum 124 Mann. Ebenso thöricht erscheint die Kanegießerei, daß die Sozialdemokratie die Republikaner und Radikalen „aufgefressen“ habe; das Fühlein der Republikaner zählt 28, das radikale 33. Gerade dem taktisch äußerst geschickten Zusammengehen der zuletzt genannten drei Gruppen verdankt die äußerste Linke ihre glänzenden Siege. „Hier Rüsse im Säckchen“ — gemeint sind die Häupter der Obstruktion Ferri, Morgari, Del Balzo und Bissolatti — „haben ein Jahr lang einen solchen Heidenlärm gemacht, daß Pelloux nervös wurde; — was wird er jetzt machen, wo hundert Rüsse im Sack rappeln?“

### Transvaal.

Vom Kriegsschauplatz. Die Niederlage der Engländer, die ihnen der Burenkommandant de Wet beigebracht hat, scheint noch viel größer zu sein, als anfänglich englischerseits zugegeben wurde. Der „Daily Telegraph“ giebt eine Blumfonteiner Meldung der „Cape Times“ wieder, nach der Kommandant de Wet nicht nur ein Bataillon der Imperial Yeomanry und des Derbyshire-Regiments, sondern auch 2 Kompagnien City-Freiwilliger gefangen nahm. Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria von Freitag besagt: General Baden-Powell belegte Donnerstag auf Rustenburg. Heute Abend geht eine Truppenabtheilung ab, um mit seinen Truppen zusammenzutreffen. General Hunter geht von Potchefstroom vor, die Vorhut denkt am 19. Juni in Johannesburg einzutreffen. Heidelberg wird bald befestigt sein, damit wäre die Orange-Front vollständig von Transvaal abgeschnitten. Baden-Powell berichtet, in die Distrikte, durch die er kam, fehlten wieder befriedigende Zustände ein. Ueber 1000 Gewehre seien bereits ausgeliefert; auch die Unterwerfung Hans Stoff's und Piet Krügers, eines Sohnes des Präsidenten, siehe bevor. Die Nachhut Botha's wurde von Hamilton überrascht und zerstreut. Botha's Heer hat sich, wie man glaubt, auf Middeburg zurückgezogen. — Zweifelloß handelt es sich bei dieser letzten Depesche um eine Ueberlieferung. Die Nachhut Botha's, die die Hauptmacht zu decken hatte, wird sich einfach vor der englischen Uebermacht seitwärts in die Büsche geschlagen haben, um an einem schon vorher bestimmten Punkte wieder zusammen zu treffen. Ein Vorgang, der im Kriege häufig sich ereignet!

Die Rheinisch-Westfäl. Ztg. erfährt von der Brüsseler Transvaal-Abtheilung, daß der Entschluß besteht, sich aufs Neue zu vertheidigen, der Verlust und die Besetzung der Hauptstadt eines Landes bedinge durchaus nicht das Ende des Krieges. Die Vermeidung des Kampfes sehe noch in weitem Felde, da Munition und Lebensmittel reichlich vorhanden seien.

Ein Kougeß des Afrikaner-Bonds ist einer „Neuer“-Meldung aus Paarl zufolge am Freitag dort eröffnet worden, zu dem ungefähr 60 Delegirte, darunter 7 Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung des Kaplandes, erschienen sind. In seiner Begrüßungsansprache führte der Präsident des Afrikaner-Bonds, Theron, aus, der Bond habe alles Mögliche gethan, um

den Krieg zu verhindern; er habe auch soweit Erfolg gehabt, daß Chamberlain selbst zugefand, Transvaal habe die meisten Forderungen Englands bewilligt; aber, so fuhr Nedner fort, die Kriegbrüderliche die Beschnidigung zurück, daß der Bond gegen die Vorkherrschaft Englands konspirirt habe, und schloß, indem er die Loyalität gegen die Fahne der Königin betonte und den Mitgliedern des Bonds rief, keine Mittel zur Vergeltung zu suchen; das vergossene Blut werde ewig zum Himmel schreien.

### China.

Ueber die Wirren in China sind wenig zuverlässige Nachrichten zu erhalten. Die unglücklichsten Gerüchte schwirren umher. So veröffentlichten die Londoner Blätter eine von der „Exchange Telegraph Company“ mitgetheilte Depesche der Agentur Laffan aus Hongkong vom 16. ds. Mts., nach welcher ein Telegramm aus Tientsin berichtet, daß die Gesandtschaften in Peking zerstört seien und daß der deutsche Gesandte Freiherr v. Ketteler getödtet sei. Es wird dem gegenüber offiziös mitgetheilt, daß in Berlin an unterrichteter Stelle keinerlei Bestätigung des Inhalts dieser Meldung vorliege und daß der Vertreter der Agentur Laffan in Tientsin bisher der alleinige Gewährsmann für die Nachricht sei. Es ist also gut, authentische Nachrichten abzuwarten. Hoffentlich bewahrheitet sich die Meldung nicht.

Eine Shanghaier „Dalziel“-Meldung vom 15. Juni sagt: Nach den neuesten Nachrichten aus Peking, das bekanntlich von der Außenwelt abgeschnitten ist, sind die Sommerwohnungen aller Gesandten im westlichen Gebirge zerstört worden. Angeblich ist ein Aufstand gegen die Briten am Pjanse ausgebrochen. Die „Times“ bringen auf Herstellung der Ordnung in Peking, selbst wenn die Hilfsquellen der Mächte zu diesem Behuf weiter in Anspruch genommen werden müßten. Eine Privatmeldung aus Shanghai besagt: Der von dem gefährlichsten Theile der Bevölkerung bewohnte Osttheil der Stadt Tientsin war Freitag den ganzen Tag der Schauplatz furchtbarer Greuelthaten. Beim Morgengrauen wurden die Telegraphenbrüche zerstört, und schon gegen 7 Uhr standen zwanzig von Ausländern bewohnte Häuser und mehrere Magazine in Flammen. Der Mob wurde mit dem Hehrufe: „Zu den Gottesäulen der fremden Sunde!“ aufgereizt, die Kirchen der Engländer und Amerikaner anzuzünden. Darauf wurden Beschadeten gegen drei Kirchen geschleudert, die diese alsbald in Schutthaufen verwandelten. — Die europäischen Hilfstruppen werden in Peking vergebens erwartet; sie sollen vor Langsam stehen, aber die planmäßige Führung scheint zu fehlen.

Aus angeblich glaubwürdiger Quelle verlautet, aus Tientsin sei die Nachricht eingetroffen, daß am 13. d. M. Abends die Bogen in Peking einmarschirt seien, verschiedene Missionsstationen zerstört und einen Angriff auf die Gesandtschaften unternommen hätten, der jedoch besonders mit Hilfe eines Moringeschüßes abgelenkt sei. Europäer seien, soweit bekannt, bisher nicht umgekommen. Die Haltung der chinesischen Truppen gegenüber den Bogen sei unsicher.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 18. Juni 1900.

Kanalspeisefarte. Im Rathhause wurde am Sonnabend nicht übel gespeist. Es gab: „Helgoländer Hummer. — Suppe nach Peter dem Großen. (Dieser soll bekanntlich Schiffszimmergesell gespielt haben). — Prager Schinken in Burgunder. — Sezungen indischer Art. — Geflügelpastete mit Edelpilzen und Krebschwänzen. — Rehschnitten nach Bismarck. — Römischer Bunsch. — Junge Ente. — Salat und eingemachte Früchte. — Lübecker Stangenspargel. — Nordisches Tafelweiss. — Lübecker Marzipan. — Butter und Käse. — Nachtisch. — Kaffee. — An Wein: Louis Roederer grand vin sec, 1888 Chät. Bataillay Pouillay, 1897 Ribbacher Geierslay, 1878 Chät. l'Hermitage Martillac, 1893 Chät. Guiraud, Schloßabzug, 1874 Chät. Bischof Longueville, Burgeß u. Co., Jubiläums-Cuvee, 1870 Portwein, Cognac, Liqueure.“ — Wir vermissen das jetzige Lieblingsgetränk des gegen den Umsturz von unten einigen Bürgerthums: **Braunbier**. Hier hat man sich ein wirksames Propagandamittel entgegen lassen.

Die Rede, welche der Kaiser am Sonnabend gehalten hat, lautet nach den offiziellen Berichten, wie folgt:

„Ich spreche der Stadt Lübeck von ganzem Herzen meinen Glückwunsch zu dem heutigen Tage aus. Voran schide ich Ihnen herzlichsten Dank für den wundervollen Empfang, den Sie mir bereitet haben. Ich habe aus der Haltung und den Mienen der Lübecker gesehen, wie freudig bewegt ihre Herzen heute sind; denn sie wissen, daß auch ich regen Antheil nehme an dem, was Ihre Gemüther bewegt. Möge der Kanal, den Sie mit unversäulicher Gastfreundschaft in Angriff genommen haben, in jeder Beziehung Ihren Erwartungen entsprechen! Ich hege die Ueberzeugung, das wird er thun. Sie sehen an dem fertig gestellten Werke, was es für eine Bedeutung hat, daß ein einiges Deutsches Reich besteht. Was Lübeck war, verdankt es den Deutschen Kaisern, und was Lübeck jetzt ist, verdankt es dem Deutschen Reiche. So möge sich überall in unserem Reiche und Volke die Ueberzeugung immer mehr Bahn brechen, daß durch das Wiedererstehen und Erstarken des Deutschen Reiches jene alten Aufgaben von Neuem an uns herantreten, die durch die Uneinigkeit unserer Vorfahren leider verloren gingen und nicht gelöst werden konnten. Zuversichtlich hoffe ich, daß unter meinem Schutze Lübeck sich weiter entwickeln wird. Ich würde diese Hoffnung nicht mit der Freudigkeit ausprechen können, wenn ich nicht jetzt vor Ihnen stünde, freudig gehoben dadurch, daß wir die Aussicht haben, einmal eine Deutsche Flotte zu bekommen. Für eine Seekraft kann ein Kaiser nur dann den Schutz übernehmen, wenn er ihre Flagge, sei es die Lübsche, sei es die Hamburgische, sei es die Bremische, sei es die Preussische bis in die entferntesten Fernen der Welt durch seine Kanonen schützen kann. Möge es uns denn vergönnt sein, durch den Ausbau unserer Flotte auch Außen der Frieden unterhalten zu können und möge es uns gelingen, durch den Ausbau unserer Kanäle im Innern die Erleichterung des Verkehrs zu erreichen, deren wir bedürfen. Der Segen wird bei unseren Wasserstraßen niemals ausbleiben!“

Einem kahnfahrenden Nigger hat ein Geschäftsmann in der Sandstraße als Geschäft und Patriotismus glücklich verbindende Dekoration verwendet. An der Seite des Kahn's taucht aus dem Schiffe eine Gestalt auf, deren Bedeutung auf den ersten Blick nicht recht klar wird. Darum war es begreiflich, daß einige Zuschauer glaubten, es solle der Prinz Arenberg sein, und erst durch Andere belehrt wurden, daß die langen Haare auf etwas Niziges hindeuteten.

Direktor Gebhard hat die Kanalsfeier benutzt, seinen Lieblingsgedanken Ausdruck zu verleihen. Das bezeugen die Inschriften des ihm unterstellten Gebäudes der Han-

seatischen Landesversicherungsanstalt. Der ehemalige Vertreter des jetzt vom gräßlichen Flottenhahn beherrschten Mehdinger Landes ist ein unerbittlicher Nationalliberaler, er weiß aus einem Fingerhut eine Wasserflut zu machen, und so verherrlichte er denn auch die verflümmerten sozialpolitischen Thaten des neuesten Kurzes in überschwänglichster Form. Der berg im Festkleidel Die Inschriften — in Goldbuchstaben — an dem hübschen Gebäude vor dem Mühlenthore lauteten: „Kaiserliche Hofschast vom 17. November 1881. Sociale Versicherung. Seil Kaiser Wilhelm II., Vollen der Wertes Wilhelms des Großen.“ Anscheinend hat auch Herr v. Böttcher seinen alten Freund besucht. Sie waren beide ja herborragend an dem Lebe gefesse theilhaftig.



Einem sehr schlauen Berichterstatter muß sich die „Eisen-Ztg.“ für den Boykottprozeß zugelegt haben. Der brave Mann weiß über den vom Vertheidiger mit Ausschlag gebender Wirkung angeführten Prozeß Bürger zu melden, daß ein Blatt dem Polizeichef den Vorwurf gemacht habe, er boykottire, und daß gegen den Redakteur Anklage erhoben sei. Das ist weder wahr noch hat der Vertheidiger solchen Unsinn gesprochen. Die inkriminirte Aeußerung ist, wie Herr v. Oldershausen in der Sitzung bemerkte, in einer Versammlungsrede gefallen. Auch die Behauptung, Genosse Rasch habe erklärt, während des Bauarbeiterstreiks hätten Arbeitgeber straflos Arbeiter boykottirt, beruht auf einem mehr als groben Irrthum. Der Arbeitgeberverband hat, wie der Angeklagte bemerkte, bewilligt habende Meister boykottirt. Man sieht, welche verhängnißvollen Wirkungen manchmal exaltirte Feststimmung zeitigt.

Ueber Steuersachen bringt der Lübecker Briefschreiber der „Kieler Zeitung“ einige niedliche Enthüllungen. Er meint, es sei gewiß eine schöne Sache mit der Selbst-einschätzung, wenn nur nicht ein „Aber“ dabei wäre! Leider, so heißt es, ist hier bei sehr vielen Steuerpflichtigen das Einschätzen gleichbedeutend mit „zu niedrig einschätzen.“ Die Folge davon ist natürlich, daß die Einkommenskommissionen mehr als argwöhnisch und mißtrauisch geworden sind und in nur irgendwie zweifelhaften Fällen absichtlich weit über die Selbsteinschätzung des Betreffenden hinausgehen, nur aus dem Grunde, um über seine Verhältnisse Klarheit zu bekommen. Wie oft ist da nicht die Erfahrung gemacht worden, daß Jemand, der sein steuerpflichtiges Einkommen auf etwa fünftausend Mark angegeben hatte, zur Steuer von zehntausend Mark veranlagt wurde, und daß von dem so hoch Geschätzten — nicht reklamirt wurde. Aber nicht genug damit, im folgenden Jahre wurde derselbe auf ein Einkommen von 15 000 Mk. eingeschätzt, und er gab sich auch damit zufrieden und zahlte die entsprechende Steuer. Andere wieder hatten die edle Dreifigkeit, zu reklamiren, um damit hineinzufallen. Ihr wahres Einkommen wurde wenigstens annähernd ermittelt, und sie mußten eine nicht unbedeutende Strafe zahlen. Wir haben erst vor einigen Jahren Fälle gehabt, daß **angesehene Großkaufleute** den Versuch gemacht hatten, sich **ganz erheblich zu niedrig einzuschätzen**; die Sache kam aber heraus, und sie mußten bis zu 20 000 Mk. Strafe zahlen; aus dieser Summe kann man einen Rückschluß auf die Höhe der versuchten Steuerhinterziehung machen. In diesem Jahre noch kamen zwei derartige Fälle an die Oeffentlichkeit, während sie in der Regel nicht in weiteren Kreisen bekannt werden, da die Betreffenden ohne Weiteres die Strafe zahlen und nur froh sind, wenn sie nicht auch noch öffentlich kompromittirt werden. Bei den erwähnten Fällen wurde aber auffallender Weise eine Ausnahme hiervon gemacht; der Direktor der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft **Vollhering** hatte aus „Versehen“ sein Einkommen um ca. 10 000 Mk. zu niedrig angegeben, und erinnerte sich erst dieses Irrthums, als sein Mitdirektor wegen desselben „Versehens“ in eine empfindliche Strafe genommen wurde. Die nachträgliche wahre Angabe seines steuerpflichtigen Einkommens nutzte ihm aber nichts mehr; die Behörde auferlegte ihm die wohlverdiente Strafe, worauf Herr Vollhering sonderbarer Weise auf richterliche Entscheidung antrug, die natürlich für ihn nur den Erfolg hatte, daß der interessante Fall in der Oeffentlichkeit bekannt wurde und gleichzeitig die Steuerhinterziehung seitens des Kollegen des Herrn Vollhering. In diesem Jahre haben die Reklamationen der Steuerzahler wieder ganz gewaltige Dimensionen angenommen, aber die Behörde ist ob der ihr dadurch erwachsenen Arbeit nicht ägriert; das von ihr befolgte System der Höhereinschätzung in zweifelhaften Fällen hat der Staatskasse wieder eine ganz bedeutende Summe eingebracht. Im Allgemeinen ist die Steuerbehörde, das muß hier anerkannt werden, bei der Beurtheilung von zu niedrigen Einschätzungen bis zu einer gewissen Grenze recht foulant; so läßt sie beispielsweise Differenzen von bis zu 200 Mk. gänzlich unbeachtet, macht von ihrem Recht der Verhängung einer Strafe also keinen Gebrauch, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß man sich um einen Betrag in dieser Höhe bei der Einschätzung wohl irren kann.“ — Wir wollen nur die Bemerkung hinzufügen, daß die hiesige bürgerliche Presse es nicht wagt, solche Sachen zu schildern, daß aber die in ihr



thätigen hiesigen bürgerlichen Journalisten sie in gutbezahlten, für auswärtige Blätter geschriebenen Artikeln — „Nachdruck verboten“ — sehr gerne verwerthen. Darauf werden wir immer wieder aufmerksam machen.

Kaisertor ist der Durchgang unter der Navigationschule vom Senate gekauft worden.

In die Ferne schweifen soll ein guter Sozialpatriot eigentlich nicht. Bei großen Festlichkeiten wird von dieser Regel jedoch gern eine Ausnahme gemacht. Wir hatten am Sonnabend Hamburg Galafuhrwerke hier, der sogenannte Kaiserdampfer war gar sprechathenischen Ursprungs. Einst hieß er „Oberbürgermeister Jesse“, jetzt ward er übertüncht und „Lubeca“ getauft. Die „Berl. Ztg.“ meint: „Byzantia“ wäre auch nicht übel gewesen.“ Das Berliner Blatt vergißt, daß es sich hier um eine Identität handelt.

Anheftungen sind während der Feier nicht vorgekommen. Wie sollten die auch wohl entstehen? Lübeck ist eine so durch und durch, vom Scheitel bis zur Sohle, sozialdemokratische Stadt, daß sie gerade bei solchen Gelegenheiten sehr ruhig bleibt. Sie macht keinen Kadav, sie schreit nicht Hurrah. Wir haben schon mancherlei Potemkinsche Dörfer, manchen offiziellen Festtrubel gesehen, aber noch nie so viele ruhige Lippen und Hüte. Auch nie so große Spaltenlücken, wie z. B. am Sonnabend an der Falkenwiese. Trotz der 25 000 Fremden, die nach Angabe des „Hamb. Freibl.“ erwartet wurden. Das Gros der Lübecker Bevölkerung geht nämlich mit dem Gedanken aus dem Hause — abgehalten von freiwilliger Arbeit durch Arbeitgebers Ordre —: Wir wollen wenigstens unser Geld plumpsen hören. Es hört aus der Wasserzukunft die Gegenwartsfeiern so deutlich heraus, daß ihm alle anderen Gedanken vergehen und zu Deppen wandern, so es sich leisten können.

Aufälle haben sich, soweit uns bekannt, trotz des Niesenverkehrs in der Stadt weder am Sonnabend noch am Sonntag ereignet.

Für Lotteriespieler dürfte folgende Auslassung des „D. Gew.- u. Handelsbl.“ von ernüchternder Wirkung sein: „In den Prospekten der verschiedenen Klassenlotterien findet sich als anscheinend besonders zugkräftiges Lockmittel in der Regel die Versicherung: „Jedes zweite Loos gewinnt“ oder gar, wie z. B. in der uns vorliegenden Einladung der Lübeckischen Staatslotterie — verbundene Früchte schmecken ja bekanntlich doppelt süß — dem „Glück die Hand zu bieten“, die Versicherung, „mehr als jedes zweite Loos

gewinnt. Durch solche Erklärungen wird im Publikum die Vorstellung erweckt, daß diese Lotterien eine Gewinnchance von 1/2 böten, d. h., daß wirklich in jeder Ziehung jedes zweite Loos gewinne. Das ist natürlich nicht der Fall. Wenn im Prospekt weiter (wie in dem vorliegenden) angegeben ist, daß die Lotterie 56 000 Nummern und 28 500 Gewinne besäße, so bedeutet das bloß, daß die Gewinne sämtlicher sechs Klassen zusammen genommen obige Ziffer ergeben, wobei aber nicht berücksichtigt ist, daß von den 56 000 Nummern die meisten sechs- bzw. fünf-, vier- u. s. w. mal mitzählen, wodurch die Gewinnchance um sechs- bzw. fünf-, vier- u. s. w. mal verringert wird. Wie groß die eigentliche Gewinnchance bei den Staatslotterien in Wirklichkeit ist, ergibt folgende einfache Rechnung: Bei der 1. Klasse befinden sich 56 000 Lose in der Urne, davon gewinnen (in der Lübeckischen Lotterie) 1500, d. h. jedes 37. Loos gewinnt; bei der 2. Klasse befinden sich noch 54 500 Lose in der Urne, davon gewinnen 2000, d. h. jedes 28. Loos gewinnt; bei der 3. Klasse befinden sich 52 500 Lose in der Urne, davon gewinnen 2000 Lose, d. h. jedes 26. Loos gewinnt; bei der 4. Klasse befinden sich 50 200 Lose in der Urne, davon gewinnen wiederum 2000 Lose, d. h. jedes 25. Loos gewinnt; bei der 5. Klasse befinden sich noch 48 200 Lose in der Urne, davon gewinnen wieder 2000 Lose, d. h. jedes 24. Loos gewinnt; und selbst bei der letzten Klasse, wo von 46 200 Loosen 19 000 gewinnen, fällt auf etwa jedes 3. Loos ein Treffer. Die Versicherung, „mehr als jedes zweite Loos gewinnt“, ist also unter allen Umständen eine „unrichtige Angabe tatsächlicher Art, welche geeignet ist, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzuheben.“ (Bergl. § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.) — Eine weitere die Lotterie betreffende Nachricht, welche das verbotswidrige Hausiren mit Loosen in anderen Bundesstaaten betrifft (darn wird gerade mit Lübschen Loosen Großes geleistet), lautet: „Der Geheim-Oberfinanzrat Kühn im Reichsamt hat bezüglich der Freizügigkeit der deutschen Bundesstaatlichen Lotterielose dem Reichskanzler der „Lotteriepöhl“ erklärt, daß zur Zeit an ein gesetzgeberisches Eingreifen nicht zu denken sei. Auch durch die Rechtsprechung werde eine Aenderung nicht herbeigeführt werden. Das Amt habe jedoch durch das Reichsjustizamt die Mitteilung erhalten, daß jetzt auch das Reichsgericht die Frage des Inkraftbleibens der bundesstaatlichen Lotterieverbote im Sinne des Kam-

mergerichts (d. h. gegen die Freizügigkeit) entschieden habe.“

Der Schwartauer Markt ist auf den 20. d. Mts., Mittwoch, verlegt worden.

Gutin. An gemeingefährlichen Krankheiten wurden im Mai gemeldet: Scharlach in 2, Diphtherie (besonders in Riezau) in 15, Wochbettfeber in einem Falle. Tödtlich verlief ein Fall von Diphtherie.

Herrnburg. Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Der sogenannte Flottenverein will auch die kahlrothen Dörfer des Fürstenthums Rügen beglücken. Zum gestrigen Sonntagnachmittag hatte er bei Detsow eine „große“ Versammlung einberufen, die ein Amtsrichter aus Schönberg leitete, während ein Realschullehrer aus demselben Orte eine Rede redete, die man in den Flottenvereinsbrochüren besser lesen kann. Es hatten sich die sprichwörtlichen „sieben Mann in elf Reihen“ eingefunden. Trotz der Zusprache des Geistlichen, welcher auch für Wassermordinstrumente zu schwärmen scheint, ließen sich nur zwei oder drei Vorgrößen aufmachen; aus dem Munde der Arbeiter aber vernahmen wir, daß die Proletarier Mecklenburgs, denen man keine Versammlungen zur Erörterung ihrer Angelegenheiten freigiebt, ein gesundes Urtheil zu fällen wissen über die Bestrebungen der Flottenenthusiasten. Wahrscheinlich, es ist kläglich bestellt um die Flottenbegeisterung im Volke!

Kostod. Kritik der Polizei hatte der Redakteur der „Mecklenb. Volksztg.“ Benno Groth in einem Artikel seines Blattes geübt, und zwar aus Anlaß der Thatsache, daß auf Grund eines mecklenburgischen Gesetzes das Antragen seines Blattes am Sonntag verboten worden war. Das Landgericht Kostod hat ihn am 28. März wegen Verleumdung des beir. Senators zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Oberreichsanwalt Dr. Ditzhausen für begründet erklärt, „a nicht ersichtlich sei, warum der Angeklagte nicht berechtigt sein sollte, Kritik an den Verhältnissen der Polizei zu üben. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision, da es das Urtheil für ausreichend begründet erachtete.

### Stierschanz-Viehmärkte.

Der Schweinehandel verlief nur langsam. Zugeführt wurden 1090 Stück. Preise: Sengschweine — Mk., Verkaufswert, von 43—44 Mk., kleine 46—47 Mk., Sauen 36—41 Mk., und Kerer 43—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Aufträgen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Ein kräftiger Junge geboren. **Heinr. Blöss und Frau,** geb. Spedhahn.

Lübeck, den 16. Juni 1900.

Am Sonnabend den 16. d. M. entlichst sanft nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe Frau

**Catharine Grube** geb. Stoffers

im 30. Lebensjahre.

Dies betrauert von den Hinterbliebenen.

**Georg Grube.**

Die Beerdigung findet am Dienstag Nachmittag 4 1/2 Uhr von der St. Lorenz-Kirchhofkapelle aus statt.

Ein freundliches Logis zu vermieten Sedanstraße 17a.

Logis zu verm. St. Annenstr. 8.

Freundliches Logis zu vermieten Gloginstraße 2, 1. Et.

**Bahnbau Empel-Bocholt.**

**Lüchtige Erdarbeiter**

gesucht, Lohn Mt. 3.50

**Kielentopf & Niemeyer** Isselburg.

**Maschinist**

für einen **Brümann'schen Greifbagger** wird von der **Paffzigelei-Genossenschaft** für längere Zeit ein engagiertes gesucht. Lohn nach Ueber-einkunft.

Angebote mit Zeugnisabschriften nur mit nächsten und geübten Bewerbern nehmen entgegen. **C. Schmalfeldt & Reich,** Baukass. d. Cadinen, S.-R.

Ein moderner **Siederwagen** billig zu verkaufen. Näheres **Raschburger Allee 15.**

Gute **Brotställe.** In sofort oder 1. Juli ein Haus mit gutgeh. Colonial-, Brod-, Bier- u. Zeitwaarengeschäft zu verkaufen. Preis 9200 Mt. Näheres in der Exped. d. Bl.

**Leere Farbetonnen**

hat abgegeben **Friedr. Meyer & Co.** Johannstraße 50.

# „Das Arbeiterrecht“

von **Arthur Stadthagen**, Mitglied des Deutschen Reichstags.

Dem Werke direct angegeschlossen ist der

## Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.

Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden u. s. w.

Die Gesetze der letzten Jahre, insbesondere das **Bürgerliche Gesetzbuch**, die **Gewerbeordnungs-Novellen**, das **Handwerker-Gesetz**, das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das neue Gesetz über **Invalidentversicherung**, rufen für die Zeit vom 1. Januar ab eine erhebliche Umgestaltung der rechtlichen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeit hervor. Eine systematische Darstellung der vom 1. Januar ab gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich. War schon nach bisherigem Rechte eine solche Darstellung für die erwerbsthätige Bevölkerung eine Nothwendigkeit, für welche das völlige Vergriffensein der beiden Auflagen des „Arbeiterrechtes“ von Stadthagen ein bereites Zeugniß ablegte, so wird solches Bedürfniß jetzt um so stärker hervortreten, als selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was Rechtens ist.

Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten a 20 Pfennig erscheinen. Bestellungen nimmt unsere Buchhandlung und deren Colporteurs entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Das „Arbeiterrecht“ macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich. Das „Arbeiterrecht“ enthält Alles, was für den Arbeiter nothwendig ist zu wissen.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Wir empfehlen jedem Parteigenossen die Broschüren:

## Entwicklung des Socialismus.

Von **Friedrich Engels.** Preis 30 Pfg.

## Socialpolitische Vorträge.

Von **J. Dietzgen.** Preis 15 Pfg.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

## Verband der Tapezierer Deutschlands

Filiale Lübeck.

Einladung zu dem am **Sonntag den 24. d. Mts.** stattfindenden

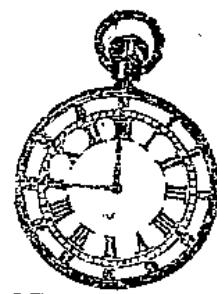
# Sommer-Vergnügen

verbunden mit **Preisfesten**

im Lokale des **Herrn Griesbach**, „Adlershorst“.

Eintrittspreis: **Sonntags 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg.** Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Das Comité.



Uhren reinigen . 1,50,  
Federn einsehen . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Süßstraße 32.

## Empfehlungs-Karten

auf weißem Carton mit 72 verschiedenen Städtebildern auf der Rückseite

liefert prompt und sauber  
**Die Druckerei des Lüb. Volksboten.**  
Johannisstraße 50.

## Arbeitsschuhe

feste Handarbeit  
zu bekannt billigen Preisen **Marlesgrube 38**

## Nichtung Zimmerer!

Regelmäßige  
**Versammlung**

am **Dienstag den 19. Juni**  
Abends 8 1/2 Uhr

im **Vereinslokal, Hundestr. 101.**  
Zu dieser Versammlung findet unter Andern ein Vortrag statt. Näheres in der Versammlung.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**

(Bühnstraße Lübeck.)

## Mitglieder-Versammlung

am **Dienstag den 19. Juni**  
Abends 8 1/2 Uhr

im **Vereinshaus, Johannstraße 50.**  
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Arbeitslosen-Unterstützung.
  3. Fragelasten.
  4. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**



## Der Sozialismus in Australien.

L. V. Daß die Ideen, für die die deutsche Arbeiter-schaft ihren Heldenkampf führt, längst die Meise über das Weltmeer angetreten haben, und daß in den entferntesten Ländern des Erdballs kräftige Ansätze einer proletarisch-sozialistischen Organisation vorhanden sind, dafür haben schon zahlreiche Berichte den Lesern dieser Blätter den Beweis geliefert. Mögen auch die folgenden Zeilen dazu beitragen, das lebendige Blatt zu stärken, das die proletarischen Organisationen aller Länder umschlingt.

In Australien existiert schon seit langem eine kräftige Arbeiterbewegung, die ihre Vertreter in den Parlamenten mehrerer Kolonien sitzen hat, so besonders in dem von Viktorien und Neuseeland. Allein eine eigentliche sozialistische Partei, die sich zu den Grundzügen des internationalen Sozialismus bekennet und Fühlung mit der Sozialdemokratie anderer Länder unterhält, hat es bis vor kurzem nicht gegeben. Ihre Gründung ist erst während der letzten Osterfeiertage auf einem Kongreß zu Sydney erfolgt. Die Konstituierung der sozialistischen Partei Australiens ist vor allem der Agitation und Aktion der Sozialistischen Liga von Neu-Südwesten zu danken, die selbst noch jung ist und erst in den letzten Jahren gegründet wurde. Diese Organisation steht auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Liga hat die Gründung sozialistischer Organisationen angeregt und eine sehr erfolgreiche Propaganda entfaltet. Sie besitzt ihr eigenes Organ „The People and Collectivist“ (Das Volk und der Kollektivist), das wöchentlich in Sydney erscheint, mit Begeisterung die sozialistischen Ideen vertritt und in den letzten Monaten den englischen Imperialismus sehr kräftig bekämpft hat. Des weiteren hat sie eine Reihe sozialistischer Agitationsbroschüren herausgegeben.

Im vorigen Jahre traten bereits Vertreter der Liga zu einer Konferenz zusammen, um eine enge und festere Verbindung zwischen den sozialistischen Organisationen herbeizuführen. Die Idee der Gründung einer einheitlichen sozialistischen Partei hat seither immer festere Gestalt und mehr Anhänger gewonnen und ist auf dem Kongreß, der vom 12. bis 15. April d. J. in Sydney tagte, zur Wirklichkeit geworden. Der Kongreß nahm ein Programm an, das in seinem grundsätzlichen Theil im wesentlichen dem Programm der Sozialisten aller Länder entspricht. Die Forderungen für die unmittelbare Gegenwart, wie Gewährung von Altersrenten an die Arbeiter, Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung der Volksmiliz, allgemeine Einführung des Achtstundentages durch Gesetz, Beschränkung der Zahl der Chinesen, die in der australischen Industrie verwendet werden dürfen, Einführung des Referendums u. d. m. passen sich den besonderen australischen Verhältnissen an. Der Kongreß arbeitete auch ein sehr eingehendes Gemeindeprogramm aus, das u. a. fordert: Gründung kommunaler Bäckereien, Kommunalisierung der Betriebe für Beleuchtung mit Gas und Elektrizität, Einführung des Achtstundentages und eines Lohnminimums von 8 Schillingen täglich für alle Arbeiter, auch die nicht qualifizierten, die in kommunalem Dienst stehen, Lösung aller Kontrakte, durch die Gemeindegeldbesitzer und Gemeindegeldbesitzer Kapitalisten oder kapitalistischen Gesellschaften übertragen worden sind und Uebernahme dieser Arbeiten durch die Gemeinde selbst u. d. m.

Der Kongreß erklärte sich in den schärfsten Ausdrücken gegen den Krieg Englands mit Transvaal und die imperialistische Politik. Dem Antrag des Genossen Moroney entsprechend, nahmen die Delegierten unter stürmischem Beifall eine Resolution an gegen den „Seeräuberkrieg, der auf Befehl einiger Kapitalisten in Südafrika unternommen worden ist.“ Als „Verräther an der Sache des australischen Volks“ werden die Herrschenden gebrandmarkt, welche sich nicht bedacht haben, Menschenleben und das Geld Australiens zu vergeuden, um die schmachtvolle Politik

der imperialistischen Regierung des Mutterlandes zu unterstützen.“

Ganz besonders scharf verurtheilte der Kongreß die Haltung einiger Arbeitervertreter, die in australischen Parlamenten für die Bewilligung des Kriegskredits an die englische Regierung gestimmt und dadurch „die allgemeinen Interessen des Proletariats feig der nationalistischen Strömung geopfert haben.“ (Der größte Theil der Arbeitervertreter in den Parlamenten der Kolonien hat gegen den Kredit gestimmt, so im Parlament von Viktorien 29 von 30). Die Stellungnahme des Kongresses in der Transvaalfrage deckt sich also genau mit der des Groß unserer englischen Genossen. Diese grundsätzliche Uebereinstimmung gelangte noch dadurch zum Ausdruck, daß der Kongreß einstimmig brüderliche Grüße den englischen Genossen entsandte, welche mit heldenhaftem Muth gegen den imperialistischen Wahnsinn ankämpften, ganz besonders aber die Genossen Hyndman und Keir Hardie wegen ihres „bewundernswürdigen Eintretens für die Gerechtigkeit“ beglückwünschte. Der Kongreß sprach noch in zwei weiteren Adressen der geeinten amerikanischen Sozialistenpartei und der Sozialdemokratie aller Länder seine Sympathie aus.

Von allen australischen Kolonien ist Neu-Südwesten diejenige, wo die sozialistische Bewegung am meisten die arbeitenden Massen zu ergreifen beginnt. Den stärksten Anhang hat die sozialistische Liga in Sydney gefunden, wo sich im letzten Jahre die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Vereinen und Sektionen verdoppelt hat, und in den Minen-districten von Port Stephens bis Newcastle. Dem Antrag des Exekutivkomitees gemäß beschloß der Kongreß, dem internationalen Sozialistenkongreß zu Paris einen eingehenden Situationsbericht vorzulegen und womöglich einen eigenen Vertreter der australischen Sozialdemokratie zum Kongreß zu entsenden.

Die Partei wird sich an den politischen wie an den Gemeinderathswahlen u. energisch betheiligen. Ihre Sporen als sozialistische Kampfsorganisation will sie zunächst bei den Wahlen zum neugegründeten Bundesparlament verdienen. Sie hofft auf einen guten Erfolg, weil die Situation der sozialistischen Agitation sehr günstig ist. Die Massen der industriellen Bevölkerung von Viktorien und noch weit mehr die von Neu-Südwesten sind mit der Bundesverfassung unzufrieden. Diefelbe erkennt nämlich jeder der fünf australischen Kolonien die gleiche Anzahl von Vertretern im Bundesparlament zu. Nun sind die Kolonien bezüglich ihrer Einwohnerzahl und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sehr verschieden. Die industriell hochentwickelten Kolonien Viktorien und Neu-Südwesten zählen jede gegen 1 1/2 Millionen Einwohner, während Queensland, Südaustralien und Westaustralien zusammen noch nicht eine Million Einwohner haben. Die beiden erstgenannten Kolonien sind demokratisch, arbeiterfreundlich, reformwillig. In den drei übrigen Kolonien ist keine nennenswerthe Industrie vorhanden, die Klasse der Grundbesitzer ist ausschlaggebend, geradezu allmächtig, und sie ist reaktionär bis auf die Knochen. Die Bundesverfassung sichert nun diesem reaktionären Element das absolute Uebergewicht. Dieser Umstand erklärt auch, weshalb in Neu-Südwesten neben 107 420 Stimmen für den Verfassungsentwurf 82 741 gegen ihn abgegeben wurden. Die sozialistische Agitation wird diese Sachlage ausnutzen. Dazu kommt noch eins. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten Monaten sehr große Dimensionen angenommen und greift bis tief in die Erwerbsphäre der gut gestellten qualifizierten Arbeiter hinein.

Unsere australischen Genossen rechnen nicht nur mit einem großen moralischen Siege, sondern auch mit realpolitischen Erfolgen. Wir wünschen der jungen australischen Sozialdemokratie alles Glück zu ihrem Feldzuge.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Lohnbewegung der Bäcker in Berlin ist vorläufig beendet. Der Einigungsvorschlag des Gewerbegerichts wurde als Abschlagszahlung mit großer Mehrheit angenommen. — Die Erfurter Zimmerleute sind wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Ausstand getreten. Sie forderten Gleichstellung mit den Maurern, d. h. 43 Pfg. Stundenlohn und entsprechende Lohnsätze für die Junggesellen. Bewilligt haben bisher 10 Geschäfte; 138 Zimmerer sind arbeitslos. — Die Bäcker in Erfurt sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben ihren Meistern Forderungen unterbreitet. Sie fordern für den ersten Gesellen 10 Mk., für den zweiten 8 Mk. und für den dritten Gesellen 6 Mk. Wochenlohn. Außerdem statt der Gewährung von Frühstück und Abendbrot eine Entschädigung von 25 bzw. 35 Pf. — Die Leipziger Stellmacher haben den Arbeitgebern eine Reihe von Forderungen unterbreitet. — In Wilna (Rußland) stehen 1000 Schuhmacher noch immer im Streik; 500, die auf Bestellung arbeiten, haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen die verlangte Lohnerhöhung bewilligt worden ist.

**Liberaler „Arbeiterfreund“.** Der Magistrat der Stadt Würzburg hat, wie wir jüngst berichteten, den Beschluß gefaßt, einen Bauaufseher aus Arbeiterkreisen anzustellen. Die Bauarbeiter waren durch diesen Beschluß sehr befriedigt und erblickten darin einen bedeutenden Schritt weiter zur Verwirklichung ihrer Forderung auf richtige Ausgestaltung der Baukontrolle. Aber das liberal-demokratische Gemeindefolgeamt, das sich noch vor wenigen Monaten bei der Gemeindevahl so kolossal arbeiterfreundlich geberdete, erwies sich als kein Freund von solchen Maßnahmen, die den Bauproben vielleicht etwas unbequem sein könnten. Es lehnte einfach die Mittel ab mit der Begründung, daß kein Bedürfnis vorhanden sei!

**Ueber die Lage des Arbeitsmarktes** schreibt die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“: Zu der Textilindustrie, die Betriebsbeschränkungen und stellenweise Ueberfüllung des Arbeitsmarktes aufweist, ist neuerdings das Baugewerbe hinzugekommen und zwar mit so erheblichen Niedergängen, daß bereits eine Einwirkung auf die Lage des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie zu bemerken ist. Derartige Beobachtungen in einzelnen Gewerben sind aber jetzt nur noch als Symptome der wirtschaftlichen Gesamtlage zu fassen. Monate hindurch herrschte Unsicherheit über die Richtung der Wellenlinie, die Gansst und Ungunst des wirtschaftlichen Lebens anzeigt. Die ersten Tage des Juni, etwa vom 6. ab, haben die Gewißheit gebracht, daß die Konjunktur-Kurve sich in absteigender Richtung bewegt. An der Berliner Börse hat am 7. und 8. Juni die Baupartei über die bis dahin sich mit großem Erfolg noch vertheidigenden Hausiers den entscheidenden Sieg errungen und die Kurse herabgesetzt. Dies kann durch vorübergehende Erholungen abgeschwächt, aber nicht aus der Welt geschafft werden. Der schließliche Durchbruch der ungünstigen Stimmung ist auf die Erkenntnis über die wirkliche Lage des Eisenmarktes zurückzuführen, die in den Vereinigten Staaten, in England, in Oesterreich-Ungarn und selbst auch in Deutschland nicht mehr befriedigend ist. Die Preise kommen ins Weichen. Die Eisenbahndirektionen haben sich bei den Submissionen in Altmaterial mit Preisen begnügen müssen, die dem kunstvoll hoch gehaltenen Preisniveau eine starke Erschütterung beigebracht haben. Die Preise sind um etwa 15—20 Mark per Tonne oder um 25—30 Prozent herabgegangen. Die Umkehr an der Börse in den ersten Tagen des Juni bezeichnet den Markstein, an dem von der Aufschwungsperiode sich die Zeiten eines beginnenden wirtschaftlichen Rückganges trennen. In welchen Formen der Rückgang erfolgen, wie schnell oder

## Sumpfland.

Roman von Dora Dunder.

(29. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Georg hatte, während der Beamte sprach, keinen seiner tiefsten Blicke von dem Kinde verwannt — der Alte keinen von Georg, hinter dessen Stimm Gedanken und Entschlüsse sich zu durchstürmen schienen. Nun sagte Hellweg ruhig, im Tone des Selbstverständlichen:

„Ich werde eine andere Pflege bezahlen.“

„Mr. Brown warf einen so prüfenden Blick auf den Ingenieur, als hätte er ihm nie zuvor ordentlich ins Gesicht gesehen, dann beugte er kaum merklich das Haupt.

„Das ist freilich etwas Anderes — dann können wir das Kind ja in ein Privatkrankenhaus schaffen.“

Georg schüttelte energisch den Kopf.

Der Alte hing gespannt an seinen Lippen.

„Nein, so meinte ich nicht. Ich behalte das Kind bei mir — so lange, bis sich Jemand findet, dem es angehört. Die notwendigen Recherchen würden Sie ja in jedem Falle anstellen müssen, Mr. Brown.“

Der Beamte nickte, völlig verstummt mit dem Kopf. Sie haben doch Recht, Alle, welche die meisten Deutschen für überspannte Idealisten, für krankhafte Träumer erklären!

Der Alte war ganz nahe an Georg herantreten. Ohne daß Mr. Brown es gewahrte, hatte er Georg gerührt die Hand gedrückt.

Dann murmelte er dicht an seinem Ohr:

„Wenn sich Jemand so meines Kindes erbarmt hätte, die beiden armen Burschen da brauchen nicht hier auf der nackten Erde zu hocken — sie —“ ein Seufzer erklang das Uebrige.

Georg hatte seinen leichten Ueberrock von den Schultern

genommen und das am ganzen Leibe glühende Kind sorgsam hineingewickelt.

Dann schritt er mit seiner Last den Andern voraus, zwischen der langen Reihe von Betten hindurch, die Kellertreppe hinauf.

Als er auf dem Pflaster der Straße stand, sog er begierig die frischer gewordene Nachtluft ein und blinnte einen Augenblick zu den Sternen auf, die über den Häusern der Glenden dort unten aufgegangen waren, ohne daß sie etwas von dem sanften Schein der Gestirne gewahrten. Mr. Brown und der Alte waren ihm langsam nachgefolgt.

Jetzt waren sie alle Drei auf derselben Stelle angelangt, auf der Georg das Haupt des Alten, einer unterirdischen, schredlichen Erscheinung gleich, zum ersten Mal zu seinen Füßen hatte auftauchen sehen.

Jetzt stand er neben ihm, Schulter an Schulter, und so leise, daß trotz der Nachtkühle um sie her der Beamte ihn nicht hören konnte, flüsterte er:

„Gott segne Ihr gutes Werk, Herr! Wenn es mehr hülfsbereite Menschen wie Sie auf der Welt gäbe, das Elend wäre nicht so groß. Na, Gott besohlen, Herr. Sie haben das Leben noch vor sich, mag's Ihnen ein gesegnetes sein. — Ich muß es zu Ende tragen, wie's nun mal gekommen, hab's vielleicht nicht besser verdient.“

Und mit einer Geberde tiefster Resignation stieg der in Lumpen gehüllte Greis, in der Haltung eines entthronten Edlen, durch die Fallthür in den ekelregenden Brodem des letzten Ahls hinab, das ihm geblieben war.

Auf den langen, glühend heißen Sommer war endlich um die Mitte September ein erfrischender Herbst gefolgt.

In dem weit geöffneten Fenster seines Arbeitszimmers lehnte Georg Hellweg und blickte zu den Bäumen des Zentralparks hinüber. Krystallhell lag die Luft über den mächtigen, buntgefärbten Wipfeln. In allen Schattierungen, vom vollstättigen Grün bis zum hellsten Lichtgelb breiteten sie sich aus. Zwischen dem fatten Noth der Schlingpflanze, die weit

hinauf bis in die Kronen der Bäume geklettert war, dehnten sich die Gipfel der Ahornbäume wie graugrüne, in dem bunten Farbenmeer schwimmende Inseln.

Gebannt hing Georgs Auge an dem prächtigen Bilde, das ihn an die laubwaldbestandenen Höhenrücken seines fernnen Heimathwinkels gemahnte, die ebenso farbenprächtig glühten, wenn unten auf den Feldern nur noch die Stoppel standen und oben auf den Höhen die Jagd begann.

Unter den Baumkronen des Zentralparks, mitten im Herzen Newyorks, dehnten sich freilich keine Jagdgründe, aber dafür manch hübsches Landschaftsbild, welches Georg den heißen Sommer lang so manche Erquickung gewährt hatte.

In langen Zügen athmete Georg die frische, belebende Luft, die vom Park herüberwehte, und über sein anfangs ernstes Gesicht breitete sich mehr und mehr ein Abglanz des Sonnenscheins, der unten zu seinen Füßen breit und golden auf der stillen Straße lag.

Nachdem Georg noch ein paar Mal kräftig aufgeathmet hatte, schloß er das Fenster und ging, leicht vornüber gebeugten Hauptes, im Zimmer auf und ab, auf die wechselnden Stimmen im Nebengemach lauschend, die während der letzten Viertelstunde vernehmlich genug bis zu ihm gedrungen waren. Mit vollkommener Deutlichkeit ließen sich drei Stimmen unterscheiden: die warme, gütige eines älteren Mannes, eine zarte, schwache Kinderstimme, die nur deutsche Worte sprach, und eine sanfte Frauenstimme, welche nicht nur des Kindes Reden zu ergänzen schien, sondern ihm auch die gebrochenen deutsch-englischen Sätze des Mannes verständlicher machte.

In kurzen Zwischenräumen traten Pauzen im Gespräch der Drei ein. Dann richtete Georg jedes Mal den Kopf mit einem gespannten Ausdruck der Thür zu. Aber diese Spannung war mit keiner eigentlichen Sorge gemischt.

Gottlob nein, das Kind, welches er vor nun sechs



wie langsam er auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes einwirken wird, das kann zum Theil von der Regelung des Absatzes und der Produktion durch die Syndikate und Großbanken abhängen. Daß im Mai der Andrang der Arbeitssuchenden noch keine Zunahme gezeigt hat (auf 100 offene Stellen kamen 101,2 Arbeitssuchende, gegen 101,3 im Vorjahre), ja daß sogar nach den Krankentassenzahlen die Industrie im Laufe des Monats mehr neue Arbeiter eingestellt hat (2,1 Proz. gegen 0,6), kann darüber nicht täuschen, daß der deutsche Arbeitsmarkt erst in einigen Jahren entgegengeht, selbst wenn die Rückschläge einige Zeit brauchen, um sich geltend zu machen.

**Die Rache der Großen Berliner.** Durch die that- und wortkräftige Unterstützung, welche die Direktion der Straßenbahngesellschaft bei den Ministern gefunden hat, ist ihr der Kampf geschwollen. In unerhört brücker Weise maßregelt sie alles, was ihr in den Weg kommt und provoziert dadurch nicht nur ihre Angestellten, deren Menschenrechte sie mit Füßen tritt, sondern auch die Berliner Bevölkerung, die doch unzweifelhaft genug ihre Ansicht über die Gesellschaft kundgegeben hat. Schon lange ein Dorn im Auge ist den Herren Direktoren der Schaffner Rathmann gewesen, der Mitglied der Kommission war, die mit dem Oberbürgermeister verhandelt hat, und der auch jetzt wieder zu den Unterhändlern gehörte. Es gehen Gerüchte unter den Angestellten, die in ziemlich bestimmter Form behaupten, daß die Direktion zuerst versucht habe, Rathmann durch Versprechungen von seinen Genossen abtrünnig zu machen. Da er sich jedoch nicht durch die Vergoldung der Schaffnerstellen dazu veranlassen ließ, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen, so saßt nunmehr die Peitsche der Kündigung auf ihn hernieder, um an ihm zu rächen, daß er für sich und seine Brüder bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen wollte. Rathmanns Kündigungs schreiben lautet:

Berlin SW., den 14. Juni 1900.

An den Schaffner Herrn Rathmann Nr. 1859  
Bahnhof XX, Essenstraße.

Sie haben in der am 12./13. d. Mts. im Circus Schumann stattgehabten Versammlung der Straßenbahn-Angestellten u. A. in agitatorischer Weise dazu aufgefordert:

daß alle für Eines einzutreten hätten, damit die sogenannten Gemäßigten wieder eingestellt würden, und sojourn die Direktion hierauf nicht einginge, daß dann eine neue Versammlung einberufen werde, in welcher ein neuer Streik zu proklamieren sei.

Ferner ist uns gemeldet worden:

daß Sie am 12. d. Mts. den Ihnen zugewiesenen Dienst nicht zu Ende geführt, sondern denselben ohne Genehmigung des Hofverwalters an den Schaffner Giese, Nr. 1393, übertragen und durch diesen auch Ihre Tagesentnahme in verbotener Weise haben abliefern lassen.

Wir sehen uns daher genötigt, das mit Ihnen abgeschlossene Dienstverhältnis zum 30. d. Mts. zu kündigen.

Auf Ihre weitere Beschäftigung verzichten wir und haben die Hofverwaltung angewiesen, die Ihnen noch zustehenden Bezüge sofort gegen Quittung auszusahlen.

Große Berliner Straßenbahn.

Die Direktion.

Aus den Kreisen der Straßenbahner wird mitgeteilt, daß das in obigen Schreiben angeführte Dienstvergehen ein solches ist, das vielfach vorkommt, ohne daß man das bisher als Vergehen angesehen habe. Ein Schaffner bittet den anderen um die Gefälligkeit, die Tagesentnahme für ihn mit abzugeben. Das ist eine Praxis, die im Geschäftsleben vielfach geübt wird. Unter den Passagieren Berlins z. B. ist es gang und gäbe, daß einer dem anderen Theatral einläßt, Gänge geht u. Selbstverständlich haßt der Auftraggeber seinem Chef. Wenn nun aber die Straßenbahngesellschaft diese Unkorrektheit selbst als solche kennzeichnen zu müssen glaubt, so ist es geradezu lächerlich, diese Kleinigkeit als Kündigungsgrund vorzubringen zu wollen. Glaubst du „Große Berliner“ denn wirklich, daß die Spreetäherer so wenig helle sind? Der wahre Grund ist denn auch in der Verammlungsstätigkeit des Rathmann zu suchen. Er hat gewagt, die Kollegen daran zu erinnern, daß ihnen das Gesetz Rechte giebt, auf Grund deren sie in der Lage sind, sich gegen die Uebermacht des Kapitals zu wehren. Deshalb fliegt er hinaus. Die Gesellschaft anerkennt nicht

die vom Reiche gewährleistete Koalitionsfreiheit und bestraft deren Benutzung mit Ausstoßung auf die Straße.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** In der Kaserne des 128. Inf.-Regts. in Danzig ereignete sich nach dem „Gesell.“ am Dienstag Abend ein eigentümlicher Unfall. Als die 12. Kompanie abtreten sollte, fiel plötzlich ein Schuß. Einem Infanteristen der 12. Kompanie, welcher seine linke Hand auf den Mündungsdeckel des Gewehres gelegt hatte, war dieselbe fast vollständig zertrümmert. Der Unfall ist noch nicht genügend aufgeklärt. Weder den Schießunteroffizier noch den Feldwebel soll eine Schuld treffen. — Ein schrecklicher Bahnunfall trat am Donnerstag in der Nähe der Station Brieg bei Eberswalde zu. Der von Stolp kommende Personenzug Nr. 426 überfuhr bei der genannten Station eine Arbeiterfrau und zwei Kinder; die beiden Kinder waren sofort todt, die Frau wurde schwer verletzt. Nach anderer Meldung soll es sich um ein Familien drama handeln. Die Frau, die Wittve eines Eisenbahnbeamten stand im Begriffe, sich wieder zu verheirathen, als ihr Bräutigam das Verhältniß löste. Die Frau nahm sich das so zu Herzen, daß sie beschloß, mit ihren drei Kindern im Alter von 8, 9 und 11 Jahren aus dem Leben zu scheiden. Sie warf sich mit den beiden jüngsten Kindern vor den Personenzug. Das älteste Kind, ein Mädchen, entging dem Geschehnisse seiner Geschwister. Die Mutter konnte es im entscheidenden Augenblicke nicht fassen, und es lief davon. Die Mutter selbst ist gleichfalls nach einigen Stunden gestorben. — Der Amtsdienner Fibig aus Rosenthal wurde von der Breslauer Strafkammer wegen verführerischer Verleitung zum Meineide zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt. — Die Revision des in Berlin wegen Mordes zum Tode verurtheilten Goenzi wurde vom Reichsgericht in Leipzig verworfen. — Aus Leipzig wird geschrieben: Mit einer wohl kaum schon dagewesenen Verpätung ist jetzt hier eine Postkarte in die Hände des berechtigten Empfängers gelangt. Nach dem Aufgabestempel ist sie am 10. September 1873 in Zwickau (in Sachsen) dem Postamt zur Beförderung übergeben worden und obwohl richtig adressirt, durch irgend einen Umstand in falsche Hände gekommen. Erst jetzt — nach 27 Jahren — hat der damalige Empfänger bemerkt, daß die Karte nicht für ihn bestimmt war, denn sie wurde am 9. d. M. dem hiesigen Postamt III durch den Postkasten zu anderweiter Beförderung anvertraut. Der richtige Adressat lebt noch, jedoch er von dem Inhalt der Karte, der sich aber während der langen Reisedauer derselben erledigt haben mag, noch Kenntniß nehmen konnte. — Der „Böf.-Anz.“ meldet aus Kafel: Eine Gruppe junger Mädchen wurde in Arolsen von einem Gewitter überrascht und vom Blitz getroffen. Eines der Mädchen wurde getödtet, zwei andere sind gelähmt. — Der Wirth Alfred Heitmann, früher in Frankfurt a. M., jetzt in Ems, stand vor der Strafkammer in Frankfurt, weil er im vorigen Sommer allerlei Gerüchte über den Erbprinzen von Wied verbreitet hatte. Er erzählte, der Prinz, der als Leutnant bei den Garde-Mannern steht, habe im Klub der Harmlosen Millionen verpielt und seine Frau, die Prinzessin Pauline von Württemberg wolle ihn wegen seiner Untreue wieder verlassen. Alle die Gerüchte erwiesen sich in der Gerichtsverhandlung als reine Erfindung ohne den geringsten tatsächlichen Untergrund. Der Wirth hatte den Prinzen wiederholt um Verzeihung gebeten und dies auch im Termin wieder gethan, weshalb das Gericht von einer Gefängnißstrafe ab sah und ihn zu einer Geldstrafe von 600 Mark verurtheilte. — In Braunshweig erschloß sich in seiner Wohnung der Oberlandesgerichtsrath v. Schrader. Er litt an einem unheilbaren Krebsgeschwür im Gesicht. — Von Räubern, die sich maskirt hatten, überfallen und ausgeplündert wurde am Donnerstag früh bei Rocca di Papa ein von Rom in einem Wagen kommender Kaufmann. Die Nachforschungen nach den Uebelthätern werden eifrig betrieben. — Auf der Wadlamsfajer Bahn fand, wie aus Odeja gemeldet wird, ein Zusammenstoß statt zwischen zwei Lastzügen. 24 Waggons wurden zertrümmert, acht Personen getödtet.

von der sie schwerlich lange getrennt gewesen, von selbst zurück. Das Kind kam nur sehr kurze Zeit hier gelebt haben, sonst würde ein so intelligentes Mädchen wie Ihr kleiner Junge mehr englisch gelernt haben. Ich tarire das Kind auf acht oder neun Jahre. Da hört sich das Idiom einer Bevölkerung, unter der man lebt, in gewissen Zeiträumen mechanisch beinahe von selbst ab, ohne daß es dazu eines besonderen Unterrichts bedürfte.“

Der Arzt machte eine kleine Pause, dann legte er seine Hand vertraulich auf Hellwegs Arm. „Mr. Hellweg, wir haben schlimme Stunden dort drinnen an dem kleinen weißen Bettchen, wir haben einen Kampf auf Tod und Leben Schuler an Schulter durchgemacht; wie haben geglaubt, einer Sterbenden die Augen schließen zu müssen, und haben um wenige Stunden später eine Gerettete in sanften, heilbringenden Schlaf fallen sehen — Mr. Hellweg, so etwas bringt näher, als manche jahrelange sogenannte Freundschaft. Darf ich mir, auf dieses Band zwischen uns hin, Hoffnung machen, auf eine ehrliche Frage eine ehrliche Antwort zu erhalten?“

Hellweg reichte ihm die Rechte über den Tisch, an dem sie saßen. „Der dürfte es mehr, als Sie, der Sie mir dies Kind gerettet haben!“

„Aber denn, Mr. Hellweg, stimmt es mit Ihren innersten Herzenswünschen überein, daß in diesem Kinde jede Spur von Erinnerungsvermögen erlöscht zu sein scheint, daß Mr. Brown trotz seiner fast berühmten kriminalistischen Gewandtheit in diesem Falle bisher auch nicht den geringsten Fingerzeig zu entdecken vermochte, wie dies Kind in die Hände der beiden Frauen und mit ihr in Pampas Papierfische gekommen ist? Was so viel heißen soll: Sind Sie zufrieden, daß das Kind allem Anscheine nach nur auf Sie, einzig auf Sie angewiesen ist? Oder aber hat, wie so oft und so natürlich im Leben, die künftige Erziehung den Sieg über den Kampf, in dem Sie Ihre Liebstein vollbrachten, davon getragen? Würde es Ihnen nicht heute vielleicht, oder doch morgen gewiß, lieber sein, wenn zu dem namenlosen Kinde da drinnen sich Vater und Mutter fanden?“

(Fortsetzung folgt.)

Bei dem dieser Tage in Petersburg stattgehabten großen Brande des Probiantmagazins der Niederlage des Marine ministeriums liegt, wie nach der „Frankf. Ztg.“ in unterrichteten Kreisen berichtet wird, Brandstiftung seitens Beamten vor, die auf diese Weise von ihnen verübte enormen Unterschleife verheimlichen wollten, da sie eine Revision der Vorräthe erwarteten. Der Schaden beläuft sich, wie jetzt angenommen wird, auf mehr als eine Million Rubel. — Bei dem Brande einer Mietzkaserne in der Jackson-Strasse in New York wurden 10 Personen getödtet und 6 verletzt. — Einer New-Yorker Drahtung der „Voss. Ztg.“ zufolge wüthete am 19. Mai in Bogota, der Hauptstadt von Columbia, eine heftige Feuersbrunst. Das Rathaus, mehrere Theater und 70 andere Gebäude wurden eingäschert, und 36 Personen verloren das Leben. Der durch das Feuer verursachte Schaden beträgt nahezu eine Million Pfund Sterling. Auffällig ist, daß erst jetzt Berichte über eine so große Feuersbrunst eintreffen, die bereits vor vier Wochen stattgefunden haben soll.

**Eine aufregende Szene** spielte sich am Mittwoch gegen Abend in den zum königl. Wilhelma-Theater in Frankfurt gehörigen Gartenanlagen ab. Auf der dortigen Spezialitätenbühne sollte vom 15. d. M. ab sich eine Löwenbändigerin produzieren, und um dem Publikum zu zeigen, bis zu welchem Grade die Zähmung der Bestie gelungen sei, ließ sie sie, nur von einem Wärter begleitet, sonst aber ganz ungefesselt, im Garten des Wilhelma-Theaters herumspazieren. Mittwoch Vormittag bereits bewegte sich das noch ziemlich junge, aber vollständig ausgewachsene Thier mit großem Anstand im Restaurations-Garten. Als gegen Abend das Publikum zum Konzert erschien, nahte sich auch wieder der seltsame gelbe Wüstenfant; ihn kümmerten nicht die besorgten Blicke der Gartenbesucher, das ängstliche Ausweichen der Damen — er trotzte behaglich neben seinem Wärter dahin. Plötzlich trennte er sich aber von ihm, näherte sich einem Kinde — es war das des französischen Konsuls, der mit seiner Familie anwesend war — dies lief ängstlich weg, stolperte dabei, und nun legte ihm der Löwe, vielleicht wirklich zum harmlosen Spiel, die Pranke auf das zarte Gesicht. Selbstverständlich floß das Blut aus mehreren Wunden; nun warf sich der Großvater des Kindes auf die Bestie, die sich von neuem aufrichtete und dem alten Herrn einen sanften Hieb mit der Tazze gab, so daß auch er eine Wunde davontrug. Im nächsten Augenblick schon hatte der Wärter seinen ungefügigen Bögling in feste Bande gethan und führte ihn in seinen Käfig ab. Zum Glück erwiesen sich die Wunden der beiden Betroffenen, die von einem anwesenden Arzt sofort verbunden wurden, als nicht gefährlich, und die Erregung im Publikum, die um ein Haar sich zu einer wilden Panik gesteigert hätte, legte sich allmählich, besonders als bekannt wurde, daß die Direktion dem vierbeinigen Artisten und seinem Mentor nach diesem verunglückten Debut sogleich den Laufpaß gab.

**Pfarrhofgeheimnisse.** Unter dieser Spitzmarke hatten wir Anfang April von den galanten Abenteuern eines Kollegen Moosauers, des Pfarrers Schlecht und deren gerichtlichen Nachspiel berichtet. Wie nun die „Münchener Post“ mittheilt, wird Pfarrer Schlecht, der samose Seelenhirte von Bliensbach, bereits nächsten wieder das geistliche Strafhaus zu Dillingen verlassen. Gegenwärtig läuft aber gegen den frommen Herrn Pfarrer eine Strafanzeige seiner ehemaligen Haushälterin Babette Köller, wegen falscher Anschuldigung. Die Köller wurde bekanntlich von Schlecht bei der Staatsanwaltschaft zu Augsburg wegen Majestätsbeleidigung, Grabstörung und Diebstahls angezeigt, jedoch stellte die dortige Strafkammer gegen die Köller das Verfahren mit einer derartigen Begründung ein, daß neun Zehntel der ganzen Geschichte an dem Anzeiger Schlecht selbst hängen blieben und der Vertheidiger der Köller in öffentlicher Sitzung seiner Zeit seiner Verwunderung Ausdruck gab, warum man denn den Pfarrer selbst nicht wegen der angezeigten Straftaten und wegen falscher Anschuldigung verfolge! Zugleich hat die Köller auch eine Zivilklage wegen Entschädigung gegen Schlecht in nicht unbeträchtlicher Höhe eingereicht; denn der Pfarrer von Bliensbach ging nicht ohne einen „Nothpfennig“ von dem Schauplatz seiner dortigen sehr „segenreichen“ Wirksamkeit ab.

**Die Dampffähren-Verbindung Gjeber-Warnermünde** wird im Sommer 1902 fertiggestellt sein, worauf sofort auf der ganzen Strecke Berlin-Kopenhagen durchgehende Züge eingeführt werden sollen.

**Eine Stadt aus Zink.** Vielleicht nicht ganz so merkwürdig wie die papierene Stadt, von der kürzlich in den Zeitungen die Rede war, aber immerhin noch merkwürdig genug, stellt sich der Anblick einer wohlbekannten südafrikanischen Stadt dem Auge des Weltreisenden dar. Es ist der portugiesische Hafen Beira, der auf der Fahrt von Europa nach Transvaal längs der ostafrikanischen Küste passiert werden muß. Privathäuser, sowie die öffentlichen Gebäude, der „Palast“ des Gouverneurs, die Kasernen, die Waarenhäuser, die Hotels, die Musikhallen, alles in dieser Stadt ist aus Zink und Wellblech gebaut. Als das Spekulationsfieber in Südafrika begann, wanderte eine so große Zahl von Leuten ein, daß für sie eine Unterkunft möglichst schnell und mit möglichst wenig Kosten hergestellt werden mußte. Die Stadt war in weniger als sechs Monaten fertig, und daher konnte sie nicht aus den Baumaterialien errichtet werden, die sonst üblich sind. Tausende von Tonnen galvanisirten Eisens wurden aus England, Frankreich und Nordamerika eingeführt, chinesische Zimmerleute richteten in Eile ein hölzernes Fachwerk her, das mit den Zinkplatten bedeckt und dann mit Delfarbe gestrichen wurde. Der Eindruck, den diese Zinkstadt auf den Beschauer macht, ist schwer zu beschreiben, keineswegs kann das Loos der Bewohner dieser wunderbaren Niederlassung beneidenswert erscheinen, da derartige Wohnungen unter einem tropischen Klima so ungeeignet wie möglich sein müssen. Um den Triumph des Eisens zu vervollständigen, ist noch eine Eisenbahn erbaut worden, die die Stadt in allen Richtungen durchzieht. Das umgebende Land absolut nichts produziert, so müssen alle Nahrungsmittel aus Europa eingeführt werden, und man sieht in den Waarenhäusern ganze Berge von Konservenbüchsen und getrockneten Früchten, aber keine frischen Nahrungsmittel. Vor einiger Zeit hat man mit dem Bau zweier Steinhäuser begonnen, die als größte Sebenswürdigkeit der Stadt gelten.

Wochen aus jener unterirdischen Höhle des Entsetzens beinahe als ein Sterbendes in sein stilles Heim getragen hatte, es war gerettet.

Die lange währende Unterhaltung mit dem Arzt und der Pflegerin da drinnen hatte eine andere Bedeutung. Man herrschte wieder Stille nebeneinander. Dann wurde die Thür leise aufgeschloßen und von innen ebenso leise wieder geschlossen.

„Aber, Mr. Hellwood?“  
Der Andere schüttelte den Kopf.  
„Nichts, gar nichts! Es ist ein höchst eigentümlicher Fall, der allerdings bei einem derartig schweren und komplizierten Anfall von vornherein nicht zu den Unmöglichkeiten gehörte, insbesondere in unserem Fall, wo sich nach den Umständen, unter denen Sie das Kind gefunden, fast mit Gewißheit voraussetzen läßt, daß der Krankheit erschütternde Gemüthsregungen vorangegangen sein müssen. Wie dem im Hebriger sei, ich bin heute zu der unumgänglichen Ueberzeugung gekommen, daß für den Augenblick nicht die leiseste Spur von Gedächtnis- oder Erinnerungsvermögen mehr vorhanden ist.“

„Und glauben Sie, daß das Gedächtnis oder wenigstens vereinzelte Erinnerungen dem Kinde je zurückkehren werden?“  
„Offen gestanden, nein — aber —“ und Mr. Hellwood zuckte leicht die Achseln. — „unser Wissen ist in vielen, ja in den meisten Fällen stillschweigend — besonders da, wo sich der Lauf der Krankheit nicht bis zur Quelle zurückverfolgen läßt.“

Die beiden Männer setzten sich. Georg hat dem Arzt eine Cigarette an, die er dankend ablehnte. „Ich für meinen Theil bin nun fertig mit der Sache und werde das liebe, kleine Geschöpf nicht länger mit Sorgen und Fragen quälen. Auch Schwester Beate habe ich meinen Befehl gegeben, für jetzt all und jeden Versuch zu vermeiden, in dem Kinde Erinnerungen zu wecken. Ich kann Ihnen dieselbe Verordnung nicht dringend genug an's Herz legen.“ Hellweg beugte sich vorwärts.

„Bleibt — wer will es sagen?“ — fragte Mr. Hellwood fort, „wenn Sie wieder mit der kleinen in Danzig sind, können Sie die Erinnerungen an die Eltern“